

Wetzlar, 16.04.2009

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	24/2006-2011
Datum	30.03.2009
Sitzungsbeginn	09:05
Sitzungsende	13:55
Ort	großer Sitzungssaal (A 50), Wetzlar

Teilnehmer/innen

FUNKTION

IN VERTRETUNG FÜR

FRAKTION/ABT.

Kreistagsvorsitzende

Müller, Elisabeth

Mitglied der CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bastian, Klaus

Beer, Alexander

Bender, Matthias

Budde, Heiko

Eckert, Peter

Figge, Kurt

Frey, Dirk

Fünfsinn-Droß, Anja

Hackbusch, Dietrich

Horne, Eberhard

Hund, Helmut

Hüsken, Wilfried

Irmer, Hans-Jürgen

Klier, Reinhard

Knöpp, Sascha

Kraemer, Rabea

Kreck, Matthias Gerhard

Lenzen, Jürgen

Löw, Franz-Ludwig
Müller, Hartmut
Petersen, Nicole
Preuschoff , Klaus-Jürgen
Reif, Clemens
Silbe, Katja
Steinraths, Frank
Steinruck, Dieter
Würz, Elke

Mitglied der SPD-Fraktion

Aurand, Stephan
Bangert, Armin
Beimborn, Regina
Benner, Hans
Bergfeld, Heinz
Betz, Karin
Dommert, Ulrich
Drill, Frank
Egler, Beatrix
Engel, Jürgen
Förster, Eckehard
Froneberg, Walter
Gabert, Nicole
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Hartmann, Anke
Harz-Bornwasser, Rüdiger
Hensgen, Christel
Janssen, Paul-Wilhelm
Jung, Ursula
Lotz, Erika
Metz, Helmut
Mörchen, Christine
Ratz, Gunter
Rauber, Heinz
Rußmann, Klaus
Schmidt, Ingrid
Schmidt, Sigrun

Mitglied der FWG-Fraktion

Blöcher, Dieter
Esch, Roland
Euler, Horst
Jeschke, Ralf
Ludwig, Jörg
Schmidt, Karin
Schweitzer, Martin
Valet, Axel

Mitglied der Fraktion B90/Die Grünen

Krohn, Malte
Letzel, Knut
Öztürk, Mürvet

Schreiber, Heinz
Tacke, Krimhild

Mitglied der FDP-Fraktion

Franz, Brunhilde
Kornmann, Sigrid
Schmidt, Joachim

Mitglied der NPD

Palm, Ludwig

Mitglied "Die Tierschutzpartei"

Tegel, Adolf

Parteilos

Sattler, Hans-Udo

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Hofmann, Wolfgang

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Wegricht, Roland

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Anschütz, Hans-Günter
Droß, Steffen
Hilk, Helene
Hugo, Klaus
Jackel, Hans
Kaufmann-Ohl, Günther
Luh, Edgar
Schneider, Karl-Heinz
Schüler, Karl-Heinz
Spamer, Eberhard
Spieß, Udo
Weber, Bernd
Werner, Wilhelm

Schriftführer

Grygar, Norbert

Von der Verwaltung

Reitz, Friedhelm
Wagner, Manfred

es fehlt entschuldigt

Fuchs, Hans-Werner, FWG
Landau, Ursula, CDU, Kreisbeigeordnete
Linke, Lutz, NPD
Müller, Jörg Michael, CDU

Rompf, Markus, parteilos
Schönwetter, Tim, CDU

Tagesordnung

TOP 1

Verleihung von Ehrenbezeichnungen
Drucksache 26/2009

TOP 2

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

TOP 3

Fragestunde

TOP 4

Sachstandsbericht Archivierung;
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.01.2009
Drucksache 6/2009

TOP 5

Nutzung kreiseigener Hallen;
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.01.2009
Drucksache 7/2009

TOP 6

Sachstandsbericht Änderungen Tagesmütterkonzept;
Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2009
Drucksache 3/2009

TOP 7

Schulinspektionsberichte;
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.01.2009
Drucksache 4/2009

TOP 8

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen der
notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst des Lahn-Dill-Kreises (NEF-Gebührensatzung)
Drucksache 12/2009

TOP 9

Kreis- und Schulumlage begrenzen:
Antrag der FWG-Fraktion vom 29.01.2009
Drucksache 37/2009

TOP 10

Schülerbeförderung;
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2009
Drucksache 40/2009

TOP 11

Das Sozialcontrolling des Lahn-Dill-Kreises optimieren;
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2009
Drucksache 41/2009

TOP 12

Schulentwicklungsplan;
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2009
Drucksache 42/2009

TOP 13

Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms Schulen und des Konjunkturpakets II des Bundes;
hier: Ergänzende Maßnahmen und Beschlussfassung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 1,451 Mio. € sowie Umschichtungen
Drucksache 53/2009

TOP 14

Gymnasium "Johanneum" in Herborn;
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2009
Drucksache 43/2009

TOP 15

Neubau des Gebäudeteils 1 des Johanneum-Gymnasiums;
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2009
Drucksache 44/2009

TOP 16

Sporthalle Ehringshausen;
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2009
Drucksache 45/2009

TOP 17

Erfahrungen mit interaktiven Whiteboards;
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2009
Drucksache 46/2009

Vorsitzende Müller eröffnet die 24. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, Ersten Kreisbeigeordneten Wolfgang Hofmann, Hauptamtlichen Beigeordneten Roland Wegricht, den ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Günther-Kaufmann-Ohl und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt sie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung und besonders zwei Klassen der Jahrgangsstufe 7 des Johanneum-Gymnasiums in Herborn mit ihrem Lehrer Herrn Betz und Schüler-, Lehrer- und Elternvertreter der Pestalozzischule in Herborn-Schönbach.

Vorsitzende Müller stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung wurde mit Schreiben vom 11. März 2009 form- und fristgerecht eingeladen. Die Beratungsunterlagen zu den Tagesordnungspunkten 4 – 7 sind mit der Einladung zur letzten Kreistagssitzung zugegangen. Alle anderen Beratungsunterlagen waren der Einladung zur heutigen Sitzung beigefügt.

Die amtliche Bekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet erfolgte am 26. März 2009.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 18. März 2009 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzende Müller nimmt Bezug auf die verteilte Tischvorlage mit der Drucksachen-Nr. 53/2009, bei der es um die Umsetzung des Hessischen Investitionsprogramms Schulen und des Konjunkturpakets II des Bundes geht. Der Ältestenrat hat sich dafür ausgesprochen, diese Drucksache noch auf die Tagesordnung der heutigen Kreistagssitzung zu nehmen. Sie lässt über die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Punkt (Drucksache Nr. 53/2009) abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen wird die Tagesordnung um die Drucksache Nr. 53/2009 erweitert und als Punkt 13 in die Tagesordnung aufgenommen. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend nach hinten.

Vorsitzende Müller führt weiter aus, dass ein Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion verteilt worden ist, bei dem es um die Sanierung der Pestalozzischule in Herborn-Schönbach geht.

Für die Dringlichkeit spricht **Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU)**. Er trägt zunächst den Inhalt des Antrages vor. Der Antrag ähnelt dem, was in den letzten Tagen der Presse zu entnehmen war. Im Interesse einer Planungssicherheit möchte seine Fraktion den Antrag gerne verabschiedet haben. Wenn man der Presseerklärung der 3 Fraktionen Glauben schenken darf, scheint etwas Bewegung in die Angelegenheit gekommen zu sein. Freuen würde er sich darüber, wenn es in der Sache tatsächlich zu einem solchen Fortschritt kommen würde. Daher bittet er zunächst der Dringlichkeit und als zweiten Schritt dem Antrag in der Sache zuzustimmen.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit. Man befindet sich derzeit in einem laufenden Verfahren. Dies bedeutet Verhandlungen zwischen dem Kreisausschuss und der Stadt Herborn. Alle an den Verhandlungen Beteiligten prüfen das Angebot sehr wohlwollend. Diese Signale sind auch an der Schule angekommen. Einem laufenden Verfahren sollte man nichts vorwegnehmen. Insofern hält sie die Dringlichkeit für nicht gegeben.

Vorsitzende Müller lässt alsdann über die Dringlichkeit des CDU-Antrages vom 27. März 2009 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (29 CDU, 1 FWG, 3 FDP, 1 Tierschutzpartei, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos),
39 Nein-Stimmen (27 SPD, 7 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
2 Stimmenthaltungen (1 SPD, 1 NPD).

Damit ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 54 Stimmen nicht erreicht und die Dringlichkeit abgelehnt.

Vorsitzende Müller gibt bekannt, dass der neu auf die Tagesordnung genommene Punkt 13 gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 14 und 15, bei denen es um das Johanneum-Gymnasium in Herborn geht, auf Anregung des Ältestenrates gemeinsam beraten, jedoch getrennt darüber abgestimmt wird.

Nachdem weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung nicht vorliegen, stellt **Vorsitzende Müller** fest, dass diese in der nunmehr vorliegenden Fassung als genehmigt gilt.

Vorsitzende Müller nimmt Bezug auf das ausgeteilte Mitteilungsblatt. Dort hat sich ein Fehler eingeschlichen. Der Sitzungsbeginn der dort aufgeführten gemeinsamen Sitzung des Ausschusses Bauen und Gebäudemanagement mit dem Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss am 17.04.2009 ist nicht 15:00 Uhr, sondern 14:00 Uhr.

Zu TOP 1

Verleihung von Ehrenbezeichnungen
Drucksache 26/2009

Vorsitzende Müller trägt vor, dass nach der Hauptsatzung des Lahn-Dill-Kreises Personen, die mindestens 20 Jahre ein Amt als Landrat/Landrätin, haupt- oder ehrenamtlich/er Kreisbeigeordnete/r oder ein Mandat als Kreistagsabgeordnete/r ausgeübt haben, eine Ehrenbezeichnung verliehen werden kann. Die Verleihung erfolgt durch den Kreistag auf Vorschlag des Kreisausschusses. Der Kreisausschuss hat folgende 3 Mandatsträger, die diese Voraussetzungen in diesem Jahr erfüllen, vorgeschlagen:

Helene Hil k
Eberhard Sp a m e r
Stephan A u r a n d.

Auf Befragen verzichtet **Abgeordneter Hartmut Müller (CDU)** auf seinen Bericht als Vorsitzender des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses.

Vorsitzende Müller lässt alsdann über die Drucksache 26/2009, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

Den nachfolgend aufgeführten Mandatsträgern wird die Ehrenbezeichnung

Ehrenkreistagsabgeordnete/r bzw.
Ehrenkreisbeigeordnete/r

verliehen:

1. Frau Helene Hil k , Ehrenkreisbeigeordnete
2. Herrn Eberhard Sp a m e r , Ehrenkreisbeigeordneter
3. Herrn Stephan A u r a n d , Ehrenkreistagsabgeordneter

Abstimmungsergebnis: Bei 2 Stimmenthaltungen (1 Tierschutzpartei, 1 NPD), einstimmig zugestimmt.

Vorsitzende Müller verleiht danach die Ehrenbezeichnungen und überreicht den Geehrten Urkunde sowie Blumenstrauß.

Zu TOP 2

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

a) Mitteilungen des Kreisausschusses

Siehe Anlage Nr. 1 der Niederschrift.

Bevor **Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegracht (SPD)** seine Mitteilungen vorträgt macht er deutlich, dass das gesprochene Wort gilt. Auf elektronischem Wege hat sich ein Text in die schriftliche Vorlage eingeschmuggelt, der mit seinen Worten relativ wenig zutun hat.

Im Herbst vergangenen Jahres hat der Kreistag beschlossen, zur Lösung der baulichen Probleme des Wetzlarer Schulzentrums verschiedene Aufträge zu erteilen. In der Zwischenzeit wurden geeignete Fachbüros ausgesucht und beauftragt, die

- a) gemäß dem Auftrag des Kreistages möglichen Standorte auf Eignung zu untersuchen,
- b) ein Raumkonzept für die gymnasiale Oberstufe, bzw. ein Gymnasium sowie die beiden beruflichen Schulen zu erarbeiten und
- c) Vorbereitungen für einen Schulentwicklungsplan für den Bereich des Altkreises Wetzlar zu treffen.

Die Arbeiten sind in vollem Gange. Mit der Vorlage der Ergebnisse zu den Standortprüfungen ist vor den Sommerferien zu rechnen. Der Entwurf des Schulentwicklungsplanes soll nach den Sommerferien vorgelegt werden.

Seit der letzten Kreistagssitzung sind an zwei weiteren Schulliegenschaften des Kreises große Bauschäden entdeckt worden.

- a) Das Tragwerk der Drei-Feld-Sporthalle an der Grundschule in Biskirchen ist so stark beschädigt, dass aufgrund der Schadensfeststellung das Dach komplett erneuert werden muss. Die Gesamtsanierung der Halle wird Kosten von ca. 2 Millionen EUR verursachen.
- b) Bei Untersuchungen am Johanneum-Gymnasium in Herborn wurde festgestellt, dass der sogenannte Einserbau, der den kompletten Verwaltungsbereich und mehrere Klassenräume der Schule enthält, abgerissen und neu aufgebaut werden muss. Darüber hinaus sind statische Sanierungen im Bereich des Dreierbaus vorzunehmen, die jedoch voraussichtlich bis zum Ende der Osterferien abgeschlossen werden können. Die Vorbereitungen für den Abriss des Einserbaus des Johanneum-Gymnasiums in Herborn in den Sommerferien laufen. Die ersten Planungen für die Neukonzeption eines funktionellen Schulgebäudes sind beauftragt.

Im Zusammenhang mit diesen beiden Schäden hat die Verwaltung den Fachausschüssen einen aktualisierten Zwischenstand zu den bereits jetzt bekannten und bewerteten Schäden in den Schulliegenschaften des Kreises vorgelegt. Die aktualisierte Schadenssumme liegt derzeit bei mindestens 178 Millionen EUR.

b) Mitteilungen der Kreistagsvorsitzenden

Bedingt durch den Wechsel von Herrn Hans-Günter Anschütz in den Kreisausschuss haben sich bei der Besetzung einzelner Ausschüsse Änderungen ergeben. Welche Änderungen das im Einzelnen sind, können dem vorliegenden Mitteilungsblatt entnommen werden.

<p>Zu TOP 3 Fragestunde</p>
--

Es liegen keine Fragen vor.

Zu TOP 4

Sachstandsbericht Archivierung;
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.01.2009
Drucksache 6/2009

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) trägt zunächst den Text des Antrages seiner Fraktion vor. Hintergrund ist die Aussage des Kreisausschusses, dass bei den entstandenen Bauschäden zu einem hohen Prozentsatz Pfusch am Bau die Ursache gewesen ist. Wenn dem so ist, müssten die Kreistagsabgeordneten und die Steuer zahlenden Bürger alle ein Interesse daran haben zu erfahren, wer die damaligen Verantwortlichen waren. Um das in Erfahrung zu bringen, hat er seinerzeit den Schuldezernenten angeschrieben und im November vergangenen Jahres nochmals daran erinnert. Mit Schreiben vom 22.12.2008 hat der Schuldezernent schriftlich erklärt, dass er zu seiner großen Freude am 17. Dezember 2008 den Startschuss für die Aufarbeitung der Verantwortlichkeiten dieser Bauschäden geben hat. Es gibt eine gesetzliche Pflicht für jeden Landkreis zur Archivierung seiner Unterlagen. Daher ist es für alle interessant, zu erfahren, wie der Status quo ist und in welcher Form der Landkreis künftig seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Archivierung nachkommen will. Er bittet um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 6/2009, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen.

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Sachstandsbericht über die Archivierung kreiseigener Akten zu geben, aus dem ersichtlich ist, welche Akten wo lagern, wie sie zugänglich sind, wer die Archivierung betreut.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, ohne Stimmenthaltungen zugestimmt.

Zu TOP 5

Nutzung kreiseigener Hallen;
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.01.2009
Drucksache 7/2009

In der Begründung des Antrages seiner Fraktion führt **Abgeordneter Steinruck (CDU)** aus, dass der Kreisausschuss nach seinen Informationen zufolge über diesen Antrag bereits beraten hat. Nachdem dies geschehen ist, bittet er, dem Antrag, so wie er vorliegt, zuzustimmen. Das Problem ist sicherlich etwas umfangreicher zu diskutieren als es zunächst den Anschein hat. Viele Hallen sind seinerzeit unter dem Gesichtspunkt gebaut worden, dass sie zumindest für Großveranstaltungen von Schulen genutzt werden können. Er bittet dringend darum, die in Frage kommenden Hallen mindestens für Großveranstaltungen der Schulen zur Verfügung zu stellen. Anstelle der Turnhallen wurden keine großen Aulen in Schulen gebaut, so dass es an Ausweichmöglichkeiten fehlt. Er bittet um Zustimmung zu dem Antrag.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, so dass **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 7/2009, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen lässt.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im zuständigen Fachausschuss darüber zu berichten, wie er sich künftig die Turnhallennutzung für nicht-sportliche Ereignisse in den kreiseigenen Hallen vorstellt.

Inhalt des schriftlichen Berichts sollen u. a. Antworten auf folgende Fragen sein:

1. Welche Hallen sind im Einzelnen betroffen?
2. Wer hat sie wann mit welchem konkreten Ergebnis wie bewertet?
3. Wie hoch ist das Gefährdungspotential jeder einzelnen betroffenen Halle?
4. Welche Lösungsmöglichkeiten für die weitere Nutzung der Hallen durch Vereine sieht der Kreisausschuss für die einzelnen Hallen?
5. Welche Kosten sind mit der Herrichtung einer Brandschutzsicherheit in den einzelnen Hallen verbunden?
6. In welchen Hallen wären Lösungen im Sinne der Veranstalter möglich? Was müsste dort konkret baulich gemacht werden.
7. In welchen Hallen gibt es keinerlei Lösungsansätze und warum nicht?
8. Gibt es bei „gefährdeten“ Hallen dennoch die Möglichkeit einer Nutzung z. B. durch Feuerwachen während einer Veranstaltung?
9. Hat es in den letzten 6 Monaten Veränderungen im Bereich der Brandschutz- und Sicherheitsbestimmungen gegeben?
10. Falls ja, welche mit welcher Wirkung auf die Hallennutzung?
11. Falls nein, sind dann die Hallen in den letzten Jahren rechtswidrig – was Brandschutz- und Sicherheitsbestimmungen betrifft – genutzt und vergeben werden?
12. Gibt es in anderen Landkreisen in Hessen ähnliche Probleme?
13. Falls ja, wo konkret und welche Hallen sind betroffen?
14. Falls nein, warum gibt es die Probleme nur im Lahn-Dill-Kreis?
15. Welche Hallen im LDK sind in 2008 von welchen Vereinen wie oft für außerordentliche Veranstaltungen genutzt worden?

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltungen, einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 6

Sachstandsbericht Änderungen Tagesmütterkonzept;
Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2009
Drucksache 3/2009

„Der Presse war zu entnehmen, dass sich für Tagesmütter/Kinder/Frauen zu Beginn des Jahres sehr viel geändert hat“, macht **Abgeordnete Dr. Silbe (CDU)** in der Begründung des Antrages ihrer Fraktion deutlich. Pflegegelder, die bisher vom Lahn-Dill-Kreis direkt an die Tagesmütter ausgezahlt worden sind, müssen ab 01.01. versteuert werden. Hinzu kommt auch, dass die Tagesmütter damit ein selbstständiges Einkommen erzielen und viele von ihnen nicht mehr familienversichert sein können, was die Krankenversicherung angeht, so dass sie sich hier selbst krankenversichern müssen. Hinzu kommt, dass die Tagesmütter auch rentenversicherungspflichtig werden ab einem Einkommen von 400 EUR. Daher bittet ihre Fraktion darum, dass im zuständigen Fachausschuss ein Sachstandsbericht abgegeben wird, was sich konkret ab 01.01. ändert und wie der Lahn-Dill-Kreis damit umzugehen will. Durch diese Einschränkungen muss man sich Gedanken machen, wie man die Tagesmütter weiterhin davon überzeugt, dass sie diese Tätigkeiten ausüben möchten. Sie bittet um Zustimmung zu dem Antrag ihrer Fraktion.

Abgeordnete Beimborn (SPD) weist darauf hin, dass die Änderungen gemeinsam im Bundestag verabschiedet worden sind. Beim Kreis ist man mit den Konsequenzen konfrontiert. Das Thema ist bereits im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden. Der Hausfrauenbund und die AWO als Träger des Tagesmütterkonzeptes sind mit ihren Tagesmüttern im Gespräch. Bislang gibt es keine konkreten Rückmeldungen, dass Tagesmütter erklärt haben, diese Arbeit nicht mehr durchführen zu wollen. Sie weist darauf hin, dass es bei den Tagesmüttern völlig unterschiedliche Konstellationen hinsichtlich der Einkünfte gibt, so dass keine Aussage gemacht werden kann, was sich für die Mütter allgemein verändert. Zwischen den Trägern der Stadt Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis ist im vergangenen Jahr vereinbart worden, dass regelmäßig Gespräche stattfinden. Der Lahn-Dill-Kreis hat an seinem Tagesmütterkonzept nichts geändert und man wird erst dann reagieren, wenn der Bedarf an Tagesmüttern nicht mehr abgedeckt werden kann. Man sollte die Situation abwarten und das Thema in beiden Ausschüssen, nämlich dem Jugendhilfeausschuss und dem Fachausschuss Bildung, Jugend und Familie weiter diskutieren. Gemeinsam muss man reagieren wenn man sieht, dass der Bedarf nicht mehr gedeckt wird.

Vorsitzende Müller lässt, nachdem weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, über die Drucksache Nr. 3/2009 abstimmen mit dem Hinweis, dass im Fachausschuss Bildung, Jugend und Familie und im Jugendhilfeausschuss der Sachstandsbericht abzugeben ist.

Der Beschlusstext hat nunmehr folgenden Wortlaut:

Was wird sich 2009 für Tagesmütter/Kinderfrauen ändern?

- Wie gedenkt der Lahn-Dill-Kreis die Tagesmütter/Kinderfrauen, die durch umfangreiche Aktion mühsam angeworben wurden, davon zu überzeugen, dass es weiterhin sinnvoll ist, als Tagesmutter/Kinderfrau zu arbeiten?

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltungen, einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 7

Schulinspektionsberichte;
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.01.2009
Drucksache 4/2009

Abgeordneter Klier (CDU) spricht die Diskussion in der Kreistagssitzung am 29.08. 2008 an, als es um die Bildung des Akteneinsichtsausschusses ging. Das, was damals diskutiert wurde, kann ein normal denkender Mensch nicht verstehen. Auch nicht, warum sich der Dezernent und die SPD-Fraktion so vehement gegen diesen Antrag gesträubt haben. Dankenswerter Weise sind allen Mitgliedern, die im Akteneinsichtsausschuss vertreten waren, sehr zeitnah ausreichend Exemplare dieser Schulinspektionsberichte zur Verfügung gestellt worden, bezogen auf den baulichen Teil der Schulen. Deutlich geworden ist, dass an vielen Schulen Kritik geübt worden ist, insbesondere in Bezug auf Mobiliar, zu Toilettenanlagen, zur Ausstattung der Naturwissenschaften und andere Fachräume bis hin zu undichten Dächern. Auch Nichtfachleute können solche Zustände sehen. In der letzten Fachausschusssitzung ist von Herrn Froneberg zu Recht die Frage gestellt worden, was nun mit diesen Berichten geschieht. Welche Folgerungen zieht der zuständige Dezernent mit seiner Abteilung daraus? Da wartet man gespannt auf die Beantwortung der Fragen. Fast allen Ausschussmitgliedern wurde artikuliert, dass es notwendig ist, auch über den Zeitraum 30.06.08 hinaus die fortlaufenden Berichte den Mitgliedern des zuständigen Fachausschusses weiterhin zur Verfügung zu stellen. Dies möchte seine Fraktion mit dem Antrag erreichen. Positiv merkt er an, dass die Atmosphäre im Akteneinsichtsausschuss keinesfalls der entsprach, wie sie in der hitzigen und kontroversen Debatte im Kreistag geführt wurde. Mit dem Ergebnis des Akteneinsichtsausschusses zeigt er sich sehr zufrieden.

Abgeordnete Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion zu dem Antrag, wobei man für Transparenz ist. Interessant ist aber nicht nur die bauliche Situation, sondern auch, wie es mit der Pädagogik in den Schulen aussieht. Das Eine bewerten und das Andere verschweigen bringt nichts. Im Endeffekt will man eine neue, andere, positive Atmosphäre für die Kinder schaffen. Aus dem vom Landtag vorgelegten Bericht ist zu entnehmen, dass über der Hälfte der Schulen ein Etikett erhalten, das mit „verharrend“ beschrieben wird. Es wird der Frontalunterricht kritisiert und dass es zu wenig pädagogische Möglichkeiten gibt. Weiter wird kritisiert, dass durch die Zentralismuspolitik der letzten Jahrzehnte die Kinder vernachlässigt worden sind. Wenn Akteneinsicht gefordert ist, müssen beide Komponenten eingefordert werden. Sie spricht die Presseerklärung des schulpolitischen Sprechers einer großen Fraktion, die fast 10 Jahre das Schulressort auf Landesebene inne hatte, an. Herr Irmer hat dort gesagt, dass es eine großartige Chance für die Schulen gibt, eventuell auf Schwächen, aber auch auf die besonderen Stärken hinzuweisen. Wenn Herr Irmer sagt, dass Transparenz ausdrücklich gewünscht ist fragt sie sich, warum man im Akteneinsichtsausschuss nicht die landespolitische Komponente hat mit diskutieren dürfen. Und wenn weiter gesagt wird, dass Eigenverantwortung der Schulen kein Selbstzweck ist, sondern viele der vorgegebenen Qualitätsziele erleichtern soll, dann fragt sie sich, welche Qualitätsziele dies sein sollen. Gebäudeschäden kann man unter Umständen ausgleichen, aber pädagogische Schäden, die man aufgrund falscher Politik an Schulen anrichtet, lassen sich nicht in kurzer Zeit ausgleichen. Sie bittet daher um konstruktive Zusammenarbeit, denn nur mit Gebäudeschäden reparieren wird man keine gute Politik in diesem Land erreichen.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht (SPD) macht deutlich, dass sein Bestreben immer gewesen ist, dem Parlament die ganzen Berichte vorzulegen. Seit es die Schulinspektion gibt, die im Jahr 2005 vom Landtag beschlossen wurden, hat er den Landkreistag immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht angehen kann, Schule in zwei Teile zu teilen. Schulen werden durch qualifizierte Personen beurteilt und der Schulträger erhält nur einen minimalen Teil des Berichtes zur Verfügung. Am Beispiel der Goetheschule macht er deutlich, dass das, was der Schulträger erhält, und das, was der Bericht insgesamt beinhaltet, vom Verfahren her sehr unsinnig ist. Der Hessische Landkreistag hat im vergangenen Jahr nochmals deutlich gefordert, dass die Aufgaben des Institutes für Qualitätsentwicklung (IQ) so modifiziert werden, dass in Zukunft auch das IQ als eine unterstützende und zuarbeitende Stelle für die Schulträger in Hessen verstanden wird. Dann hätte man das ganze Problem vom Tisch. Dies wäre die Änderung eines halben Satzes im Schulgesetz und das Informationsbedürfnis aller Parlamentarier wäre gestillt. Man hat nie etwas vorenthalten wollen. Wenn man Informationen über den Zustand und die Qualität der Schulen haben will, muss man den ganzen Bericht lesen, denn nur das macht Sinn. Er verweist auf den abschließenden Bericht „Bauzustandsdokumentation“, der vorgelegt worden ist. Man hat eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Leitung von Herrn Horne in die Schulen geschickt. Man konnte alles sehen was man sehen will und im Parlament ist daraufhin berichtet worden. Man konnte diesem Bericht auch entnehmen, dass zu wenig Geld für die Bauunterhaltung zur Verfügung gestellt wird und das vom Parlament im Zuge der Haushaltskonsolidierung für Bauunterhaltungsmaßnahmen Geld gestrichen wurde. Betrachtet man sich die Steigerung der Schulumlage von 2006 auf 2007 heißt dies mit anderen Worten, dass der Kreis vorher rund 19 Millionen EUR zu wenig für die Unterhaltung der Schulen hatte. Man hatte eine chronische Unterfinanzierung der Schulträgerschaft, was daran liegt, dass sich das Land aus seiner Verantwortung zieht, unabhängig von den politischen Mehrheiten. Tatsache ist, dass das Land Hessen den Kreisen heute weniger als 1980 zur Verfügung stellt. Tatsache ist auch, dass das, was die Kommunen den Kreisen überweisen in der Zwischenzeit auf das Zehnfache gestiegen ist. Das heißt Verlagerung auf die kommunale Familie. Dies ist ein Problem, dem man sich nicht entziehen kann. Er verweist auf den nächsten Tagesordnungspunkt, bei dem es um die Kreis- und Schulumlage geht. Hier hat man die Chance, an dieser misslichen Situation entweder stabilisierend oder präsent mitzuwirken. Er geht darauf noch näher ein. Wer diesem Antrag zustimmt, macht sich zumindest im moralischen

Sinne mit schuldig der Baugesfährdung, denn die Folge fehlenden Geldes ist die Schädigung von Bauten.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) zeigt sich erfreut darüber, dass Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag seiner Fraktion zustimmen wollen. Er erinnert daran, dass dies schon einmal anders war. Durch den Akteneinsichtsausschuss hat man festgestellt, dass der Lahn-Dill-Kreis 25 Jahre lang, seit dem die SPD an der Regierung ist, zu wenig in die Bauunterhaltung seiner Schulen investiert hat. Dies wurde auch vom Landesrechnungshof attestiert. Dabei verkennt er nicht, dass ein Teil davon Pfusch am Bau war. Aber so zutun, dass alles, was nun schlecht ist, darauf zurückzuführen ist, entspricht nicht den Tatsachen. Der Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, dass die Schulen adäquat ausgestattet sind, ist man nicht nachgekommen. Das man im Landtag über das Thema überhaupt diskutieren kann und konnte, hat man der CDU zu verdanken, weil von dort der Antrag gestellt wurde, Schulinspektionen einzurichten. Akzeptieren kann er nicht, wenn gesagt wird, dass Schwächen herausgestellt worden sind und keine Stärken. Eine solche Aussage bedeutet einen Angriff auf sämtliche Pädagogen im Lande Hessen. In Hessen gibt es sehr viele gute Pädagogen und auch viele Stärken die man aus den Schulinspektionsberichten entnehmen kann. Er plädiert dafür, dass Ganze etwas differenzierter zu betrachten. Die Chance, Stärken herauszuarbeiten, ist eine tolle Sache, aber andererseits gibt es auch Defizite, die erkannt werden müssen. Jetzt die Chance zu haben, an der Beseitigung dieser Defizite zu arbeiten, ist das Wesen dieser Schulinspektion. Sollte der Antrag positiv beschieden werden, woran er ein großes Interesse hat, bittet er den Dezernenten, zumindest den Fraktionsvorsitzenden, die Inspektionsberichte ab dem 01.07.2008 nachträglich zur Verfügung zu stellen.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) meint, dass Kreistagsabgeordnete, die über Schulbauten entscheiden sollen, wissen müssen, was in den Schulen schulpädagogisch geleistet wird. Ihre Fraktion hat immer gesagt, dass man die gesamten Schulinspektionsberichte sehen will. Schulen sind als Ganzes zu betrachten und bedeuten nicht nur Schulgebäude. Sie kann Herrn Irmer nicht verstehen, der hier die Offenlegung der Schulberichte fordert, aber selbst dazu im Landtag nicht fähig ist. Als Landesregierung müsste ein Interesse vorhanden sein, dass die Schulträger dieses Material zur Verfügung gestellt bekommen. Die Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten sollte aufgehoben werden. In den letzten 10 Jahren hat man von Eigenständigkeit der Schulen nichts gespürt, was sie anhand von Beispielen deutlich macht. Sie hätte sich eine sachgerechtere Debatte für heute gewünscht. Fakt ist, dass der Schuldezernent schon lange deutlich gemacht hat, dass er die Schulinspektionsberichte zur Verfügung stellt. Mit ein wenig Anstand hätte dieser Antrag heute zurückgezogen werden müssen. Von Herrn Irmer erwartet sie, dass er im Landtag dafür sorgt, dass der Kreistag die gesamten Schulinspektionsberichte zur Verfügung gestellt bekommt.

Abgeordneter Schmidt (FDP) hat den Eindruck, dass es hier eher um eine landespolitische Diskussion geht. Er ruft in Erinnerung, über was heute diskutiert und abgestimmt werden soll. Es wird eine schulpolitische Debatte vom Zaun gebrochen, die ursächlich in den Landtag gehört. Sicherlich wäre es nicht verkehrt, wenn man den gesamten Bericht zur Verfügung hätte, um sich ein Bild machen zu können, was die Schulen betrifft. Man hätte sich einige Peinlichkeiten ersparen können, wenn man dem, was im Antrag gefordert wird, zustimmt.

Abgeordnete Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen) kann die Kritik, dass man Landes- und Kreispolitik vermischt, nur begrenzt gelten lassen. Sie erinnert nochmals an die frühere Diskussion, in der man Einblick in die Kernberichte gefordert hat. Das man heute hierauf nicht eingehen soll, ist für sie Flickschusterei. Es geht darum, gemeinsam zu überlegen, wie man die pädagogische Situation im Land und die bauliche Situation in den Schulen verbessern kann. Es gab einen Antrag, der nur den Gebäudeteil diskutiert haben wollte und ihre Fraktion hatte beantragt, beide Teile zu diskutieren. Das heute nochmals sachlich diskutiert werden soll, ist ein legitimes Ansinnen. Es geht um die Zukunft unserer Kinder. Wenn Herr Irmer ankreidet, dass in

den letzten 25 Jahren zu wenig in die Gebäude investiert wurde, dann erwartet sie auch soviel Selbstkritik, dass er sagt, dass auch in der pädagogischen Situation nicht alles in Ordnung ist. Die Angelegenheit sollte sachlich diskutiert werden und nicht in parteipolitischen Streit ausufern. Das eine ausblenden und das andere kritisieren bringt nichts.

Abgeordneter Ratz (SPD) meint, wenn der Ausschuss den baulichen Teil der Inspektionsberichte erhält, wird man nicht sonderlich überrascht sein, denn das was darin steht, ist bekannt. Im Fachausschuss ist über Jahre hinweg immer über bauliche Mängel diskutiert worden, ohne dass man einen Schulinspektionsbericht brauchte. Niemand kann etwas dagegen haben, dass dieser Bericht im Schulausschuss diskutiert wird, wobei er sich sicher ist, dass die Inhalte bekannt sind. Daher ist es Unfug, sich darüber aufzuregen. Im Haushalt sind Fakten enthalten, die zeigen, dass der Kreis am wenigsten für die Situation kann, weil er über zu wenig Geld verfügt hat.

Abgeordneter Klier (CDU) zitiert einen Satz des Abgeordneten Drill aus dem Protokoll der damaligen Sitzung, wo es um den baulichen Teil der Berichte ging: „Handelt es sich bei den zu untersuchendem Gegenstand um eine Angelegenheit des Kreises?“. Selbstverständlich interessiert ihn auch Pädagogik. Er ist froh, dass der Kreistag über die baulichen Angelegenheiten entscheidet und noch froher darüber, dass er Gott sei Dank über Entscheidungen über die Pädagogik in den einzelnen Schulen nicht treffen kann. Das obliegt den Schulleitungen, den Schulkonferenzen und dem Land“.

Abgeordnete Beimborn (SPD) möchte in einer Zwischenfrage wissen, wie Herr Klier die Sozialarbeit an Schulen wertet.

„Denken sie, was Herr Dr. Preuschoff gesagt hat, wenn dies vorliegt, wird er das als gelungen bezeichnen“, erwidert **Abgeordneter Klier (CDU)**.

Abgeordneter Steinruck (CDU) meint, dass es richtig ist, dass Schulgebäude / Schulbaumaßnahmen auch Schulpädagogik beeinflussen. Er ist davon überzeugt, dass Schulleitungen, die Pädagogik an ihrer Schule gestalten wollen, mit dem Schulträger in der Lage sind, darüber zu verhandeln, welche baulichen Maßnahmen an einer Schule ergriffen werden sollen. Man muss sich fragen, warum die Stärken, die in den Inspektionsberichten auch dargestellt wurden, nicht im Landtag vorgetragen wurden. Wurden diese positiven Teile nicht an die Presse weitergegeben? Über die Gestaltung der Pädagogik in den Schulen sollte man die grundlegenden Maßnahmen denen überlassen, die etwas davon verstehen. Die Landesregierung hat den Auftrag, die Grenzen dafür zu schaffen und die Möglichkeiten, dass dies umgesetzt wird. Bezüglich des angesprochenen Frontalunterrichtes bemerkt er, dass die Inspektionsberichte zum Teil auch Momentaufnahmen bedeuten, worauf er näher eingeht.

In einer Zwischenfrage möchte **Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD)** wissen, ob Herr Steinruck jetzt wirklich gesagt hat, dass das Verfahren der Schulinspektionen, 20 Minuten in den Unterricht zu gehen, nicht ausreichende Grundlage ist, um den Unterricht zu beurteilen. Wenn diese so ist, würde sich die ganze Argumentation entbehren.

„Es ist so, dass von Anfang an bei der Schulinspektion gesagt wird, dass eine komplette Darstellung des Schulbetriebes nicht möglich ist“, meint **Abgeordneter Steinruck (CDU)**. Es können Anregungen gegeben werden, was an den Schulen vorhanden ist, woran gearbeitet wird und das sollte positiv wie negativ aufgegriffen werden.

Abgeordneter Euler (FWG) meint, dass keine neuen Aspekte mehr in die Diskussion kommen und bevor die Landtagsdebatten am falschen Ort weiter geführt werden, beantragt er Ende der Debatte.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 4/2009, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen.

„Grundsätzlich sind alle Schulinspektionsberichte, soweit sie den Schulträger teil betreffen, zeitnah den Mitgliedern des Schulausschusses zu Verfügung zu stellen.“

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltungen, einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 8

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst des Lahn-Dill-Kreises (NEF-Gebührensatzung)
Drucksache 12/2009

Vorsitzende Müller führt aus, dass sich die Ausschüsse Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft und der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss mit der Vorlage befasst haben und das Beratungsergebnis dem Mitteilungsblatt zu entnehmen ist.

Auf Befragen verzichten beide Ausschussvorsitzenden auf ihren Bericht.

Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 12/2009, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen lässt.

Die als Anlage der Drucksache beigefügte Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst des Lahn-Dill-Kreises (NEF-Gebührensatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen zugestimmt.

Zu TOP 9

Kreis- und Schulumlage begrenzen:
Antrag der FWG-Fraktion vom 29.01.2009
Drucksache 37/2009

Abgeordneter Esch (FWG) meint, dass der vorliegende FWG-Antrag aus Sicht seiner Fraktion die logische Konsequenz aus den Haushaltsberatungen vergangener Jahre darstellt, insbesondere aber des Jahres 2009, gepaart mit Empfehlungen und Stellungnahmen der zuständigen Ministerien des Landes sowie des Regierungspräsidiums Gießen. Er trägt den Antragstext vor. Diese im Antrag beinhaltete Vorgabe wird dem Kreisausschuss und insbesondere dem Landrat nicht leicht fallen. Ungeachtet dessen ist der Antrag eine deutliche Aufforderung, den seit Jahren eingeforderten Sparwillen tatsächlich zu manifestieren. Das man sparen muss ist für alle unstrittig und das sich die Voraussetzungen finanzieller Art des Jahres 2009 nicht so schnell wiederholen werden und man künftig schlechtere Voraussetzungen vorfinden wird, dürfte auch eindeutig sein. Auf die 58 % ist man gekommen, weil dieser Wert vom Minister bei verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen als auch vom Regierungspräsidenten bei diversen Unterredungen auch noch am Ende vergangenen Jahres genannt wurde. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben sich nahezu alle Bürgermeister des Lahn-Dill-Kreises in ihren Stellungnahmen zum Haushalt 2009 auf diese Obergrenze zu Recht berufen. Dass es eine Obergrenze gibt und geben muss, sagt Artikel 137 der Hessischen Verfassung. Dieser Artikel gewährleistet die finanzielle Selbstständigkeit und Handlungsfähigkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden. Das Gesetz enthält zwar keine Anzahl von Punkten die überschritten werden können. Dies ist eine Sache von Betrachtung und Auslegung. In diesem Zusammenhang erinnert er Landrat Schuster an die Zeit, als dieser noch Bürgermeister

war und als solcher Brandbriefe an die Bürgermeister richtete, die vor der Pleite der Kommunen und vor zu hohen Kreisumlagen warnten. Die Freien Wähler stehen selbstverständlich für den Kreis aber auch für die Städte und Gemeinden ein und wollen mit ihrem Antrag keineswegs die kommunale Landschaft auseinanderdividieren. Genau das würde passieren, wenn man keine Obergrenze definiert. Eine Reihe von Bürgermeistern hat angekündigt, vor Gericht ziehen zu wollen und er weiß auch warum. Die finanziellen Prognosen für die Zukunft sind katastrophal und diese sollen ohne jegliche Rücksicht auf Verluste auf die Kommunen umgelegt werden. Auf die Folgerungen daraus geht er näher ein. Seine Fraktion möchte, dass Kreis und Kommunen nicht nur an einem Strick, sondern in dieselbe Richtung ziehen. Eine Entscheidung für den Antrag schafft Klarheit und Planungssicherheit und wird den klaren Auftrag haben, gemeinsam mit den Verantwortlichen des Landes zu verhandeln, wie in Zukunft die finanzielle Ausstattung von Landkreisen, Städten und Gemeinden gewährleistet werden kann. Er hat Hoffnung, dass dem Antrag mehrheitlich zugestimmt wird, was er näher begründet. Es darf nicht nur eine haushaltmäßige Begrenzung erfolgen, dies muss auch umgesetzt werden, was seine Fraktion fordert. Daher soll die Überwachung der Einhaltung dieser Grenze mit beschlossen werden. Damit die Einschätzung des Schuldezernenten im Ergebnis nicht dazu führt, dass man im Vorhinein bestimmte Grenzen vereinbart, im Nachhinein diese jedoch nicht einhält und deren Überschreitung dann sanktioniert, soll festgehalten werden, dass Kreisausschuss und Verwaltung auf die Einhaltung der festzulegenden finanziellen Grenzen achten. Wer sich dem Antrag widersetzt, gibt gleichzeitig ein Signal dafür, Städte und Gemeinden weiter zu belasten. Dies kann nicht Sinn der Sache sein. Mit den gegebenen Mitteln sparsam hauszuhalten und gleichzeitig die Lebensfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten, ist das Anliegen des Antrages. Er bittet um Zustimmung dazu.

Fraktionsvorsitzender Schreiber (Bündnis 90/Die Grünen) hält den Antrag des Koalitionspartners für falsch. Seine Fraktion wird ihn daher ablehnen. Damit ist man nicht gegen Städte und Kommunen, sondern es gibt handfeste Gründe, diese 58 % nicht festzuschreiben. Dies ist rechtlich und inhaltlich nicht haltbar, weil es keine gesetzliche Grundlage für die Begrenzung auf 58 Punkte gibt. Diese Grenze wird vielfach als gegeben bezeichnet, wobei man sie definitiv noch nicht schwarz auf weiß gesehen hat. Für seine Fraktion ist diese Grenze nicht vorhanden. Die Haushalte des Lahn-Dill-Kreises werden auf der Basis des zugrundeliegenden Steueraufkommens, des Umlageaufkommens bzw. der Steuerkraft der Gemeinden und der Rahmendaten der Teilhaushalte aufgestellt. Sie sind daher abhängig von der jeweils vorgefundenen Situation und Entwicklung. Vor diesem Hintergrund werden sie fachlich und politisch bewertet. Die Schulumlage der Kommunen ergibt sich aus den Kosten der Schulen, die dem Kreis entstehen. Eine klare gesetzliche Vorgabe. Je nach Entwicklung dieser Kosten wird die Schulumlage festgestellt und ist im darauffolgenden Jahr aufgrund eines Rechnungsergebnisses zu belegen. Die Kommunen sollten sich aus ihrer Sicht verabschieden, dass der Kreis eine Art Blutsauger, Straßenräuber oder Beutelschneider sei. Er ist es mit Sicherheit nicht und will auch nicht die Kommunen und Städte in deren Entwicklung behindern. Der Kreis hat gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen, die er auch für die Kommunen erledigt. Alle Kommunen haben allerdings das Recht zu erwarten, dass der Kreis wirtschaftlich und sparsam bei seiner Aufgabenerledigung vorgeht. Es ist notwendig, dem Kreis Handlungsspielraum zu lassen, damit er seine gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben erledigen und die wenigen freiwilligen Leistungen, die oft vertraglich gebunden sind, fortführen kann. Die Problematik der Finanzierung liegt eine Ebene höher. Das Land stattet die Kreise nicht mit den zur Aufgabenerfüllung notwendigen Einnahmen aus. Kreise und Kommunen sind gehalten, jedes Jahr aufs Neue in ihren Haushalten eine Balance herzustellen, wobei er aufgrund ökonomischer Haushaltsführung die niedrigst mögliche Kreis- und Schulumlage zu erheben hat. Umgekehrt sind die Kommunen aufgefordert, die notwendigen Ausgaben des Kreises anzuerkennen und die erforderlichen Mittel in Form von Kreis- und Schulumlage bereitzustellen.

Abgeordneter Schmidt (FDP) hält die Art und Weise, so zu diskutieren, für akademisch. Die Realität ist das, was die Kommunen belastet. Das, was hier und an anderer Stelle beschlossen

wird, wirkt bei den Kommunen und die sind es, die letztendlich dies nicht weitergeben können. Daher liegt schon ein Stück Verantwortung bei den Haushalts- und Umlagebeschlüssen. Die Finanzsituation der Kommunen muss mit einbezogen werden. Im Gegensatz zur Schulumlage, die eins zu eins weiterzugeben ist, sieht dies bei der Kreisumlage anders aus. Das, was beantragt worden ist, ist die Summe der Belastungen. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes ist der Kreis an anderer Stelle gefordert, zu schauen, was man machen kann. Bei den Haushaltsberatungen 2009 hatte man eine Kreisausschussvorlage, die 61,5 % Belastung der Städte und Gemeinden vorsah. Es kamen dann die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden und die Diskussion im Kreistag, was zu einer einvernehmlich beschlossenen Obergrenze von 58 % führte. Es ist richtig, die Eckpfeiler jetzt zu setzen, damit sich der Kreisausschuss darüber Gedanken machen kann, wie er diese Vorgaben erfüllen kann. Dies kann nicht Aufgabe des Kreistages sein. Der Antrag zwingt dazu, bereits bei Aufstellung des Haushaltes die notwendigen Prioritäten zu setzen. Er zwingt auch dazu, sich bereits im Vorfeld Gedanken zur Haushaltskonsolidierung zu machen. Seine Fraktion kann den vorliegenden Antrag nur nachhaltig unterstützen.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) hält die Ausführungen ihres Vorredners für sehr theoretisch. 300 Empfänger mehr im Bereich Hartz IV und 50 Fälle mehr in der Jugendhilfe, und schon sehen die Zahlen ganz anders aus. Solche Aufgaben haben hessische Landkreise zu schultern und man kann nicht einfach sagen, man kann alles konsolidieren. Landkreise sind abhängig von bundespolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Der vorliegende Antrag hat sie ein Stück weit an die Planwirtschaft der ehemaligen DDR erinnert. Es werden Vorgaben gemacht, die unbedingt bis zum Ende der Legislaturperiode einzuhalten sind. Die Wirklichkeit wird dabei ausgeblendet, wie zu DDR-Zeiten. Man muss sich fragen, ob man derartiges beschließen kann, wenn sich die Schadenssummen in den Schulen wöchentlich erhöhen. Man muss sich auch fragen, ob man den Kommunen verlässlich sagen kann, dass die Umlagengrenze bei 58 % liegt. Man muss sich auch fragen, ob eine solche Vorgehensweise gegenüber den Kommunen redlich ist. Wer 58 % als magische Obergrenze für Umlagen definiert, muss auch sagen, welche Schule er nicht renoviert und saniert und den Mut haben zu sagen, wo im sozialen Bereich gekürzt werden soll und welche freiwilligen Leistungen gestrichen werden. Wer so etwas beschließt kann nicht sagen, dass die Goetheschule in Wetzlar ein bildungspolitischer Leuchtturm ist, der ohne Veränderung erhalten bleiben kann, wohl wissend, dass ein solches Vorhaben unter 50 Millionen EUR nicht zu haben ist. Es ist ehrlicher, sich in den Haushaltsberatungen die Mühe zu machen und zu beraten, wo es Einsparungsmöglichkeiten gibt und die Umlagen mit den Erfordernissen der Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Eine fiktive Zahl zu beschließen wird den Ansprüchen des Landkreises und den Kommunen nicht gerecht. Es kann nicht sein, dass die Landkreise in Hessen mehr und mehr soziale Aufgaben schultern müssen, es aber keine solide Finanzierungsgrundlage im Land Hessen gibt. Ihre Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen.

Landrat Schuster (SPD) kommt auf die erwähnten „Brandbriefe“ als ehemaliger Bürgermeister von Driedorf zu sprechen. Er hat sich damals einzig und alleine über die Bevorzugung der Sonderstatusstadt Wetzlar aufgeregt. Wer die Einnahmen deckeln will, kann die Ausgaben nicht nach oben schießen lassen. Wo will der Kreis sparen? Der Kreis hat eine Personalaufwandsquote von 14 %. Dies ist der einzige Bereich, wo man theoretisch, politisch sparen kann. Zur Einnahmenentwicklung künftiger Jahre macht er weitere Ausführungen. Der Lahn-Dill-Kreis erhält als Kreisumlage einschließlich der Stadt Wetzlar 94 Millionen EUR. Im nächsten Jahr wird man dramatisch sinkende Einnahmen haben, bei gleichzeitig dramatisch steigenden Ausgaben. Am Beispiel der angemeldeten Kurzarbeit macht er dies deutlich. Dann kann der Kreis nicht sagen, wir deckeln die Summe, denn die Kurzarbeiter haben Anspruch auf entsprechende Leistungen. Von 94 Millionen EUR Einnahmen gibt man im Bereich der Jugendhilfe 17 Millionen aus. Die Fälle „Siri und Jaqueline“ haben gezeigt, dass man heute nicht mehr nur mit einem Sozialarbeiter in die Familien gehen kann. Allein für die soziale Sicherung gibt der Lahn-Dill-Kreis 55 Millionen EUR aus. Hinzu kommen noch die Beiträge an den Landes-Wohlfahrtsverband in Höhe von 36 Millionen EUR und 3,7 Millionen EUR sind an das Land für die Krankenhausumlage

abzuführen. Zusammengerechnet sind dies schon 111 Millionen an Ausgaben, denen 94 Millionen EUR Einnahmen von den Kommunen gegenüberstehen. Dabei ist noch nicht ein Eimer warmes Wasser für die Turnhallen und eine Schlaglochreparatur der Kreisstraßen mit finanziert. Die endgültige Höhe der Umlage beschließt der Kreistag. Als Kämmerer wird er dem Kreisausschuss einen Haushaltsentwurf vorlegen, der durch einen Feststellungsbeschluss den Haushalt in den Kreistag einbringt. Diesen Haushaltsentwurf wird er nach bestem Wissen und Gewissen aufstellen und er wird sich an diese Zielmarke nicht halten. Ein solcher Beschluss mischt sich rechtlich in die Aufgaben des Kreisausschusses ein und er wird sich erlauben, dies gewissenhaft zu überprüfen. Wenn man die Einnahme begrenzt, muss man auch die Ausgaben begrenzen und er wünscht viel Erfolg, geeignete Vorschläge zu unterbreiten.

Abgeordneter Hartmut Müller (CDU) meint, wenn es eine festgefügte Koalition in diesem Haus gibt ist es verwunderlich, wenn Abgeordneter Esch als stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit einem solchen Antrag erscheint. Das Bündnis scheint zu zerfallen. Was von den Grünen und der SPD vorgetragen worden ist, regt zum Nachdenken an. Viele der Anwesenden haben Mandate nicht nur im Kreistag, sondern auch in den Kommunen. Als Kreistagsabgeordneter gilt es vorwiegend darüber nachzudenken, wie man hier die Finanzen und Steuern zusammenbringen kann. Er sieht den Vorschlag als rechtlich problematisch an dem Kreisausschuss vorzuschlagen, bei der Aufstellung des Haushaltes 2010 einen Eckwert mit maximal 58 % zu nennen. Er empfiehlt, die gesamte Thematik im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss zu beraten und den Antrag dorthin zu überweisen.

Abgeordneter Palm (NPD) ist der Auffassung, dass die Gemeinden und Städte „aus dem vorletzten Loch pfeifen“. Der Antrag hat eine klare positive Aussage für die Städte und Gemeinden. 58 % werden als Verfassungsgrenze genannt, diese Aussage wird unterstützt durch Artikel 137 Absatz 5 der Hessischen Verfassung. Wenn der Antrag angenommen wird, sind die Gemeinden und Städte in der Lage zu agieren und haushaltspolitisch zu arbeiten. Dies ist eine nicht nur mentale Erholung, Entlastung und Erleichterung der Städte und Gemeinden. Er als Nationaldemokrat wird diesen Antrag klar unterstützen.

Abgeordneter Euler (FWG) zitiert aus dem Tätigkeitsbericht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes (HSGB) in dem es heißt: „In den Haushaltsjahren 2006 bis 2008 profitierten die Landkreise in Gestalt verbreiteter Kreisumlagegrundlagen“. Diese verbesserten Kreisumlagegrundlagen führten aber nicht dazu, dass die Kreisumlagehebesätze entsprechend gesenkt wurden. Vielmehr verharrten die Hebesätze im Landesdurchschnitt für Kreis- und Schulumlagen zusammen auf sehr hohem Niveau und in der Regel über 55 % der Umlagegrundlagen. Auf Initiative der Geschäftsstelle des HSGB hin hatte das Hessische Ministerium des Innern und für Sport durch das Schreiben von Herrn Staatsminister Bouffier im Herbst 2006 klargestellt, dass im Rahmen aufsichtsbehördlicher Maßnahmen für die Summe von Schul- und Kreisumlagen die Höchstgrenze von 58 % gilt. Durch Erlass vom 27.10.2006 sind die Regierungspräsidenten gebeten worden, die kreisangehörigen Kommunen nicht durch aufsichtsbehördliche veranlasste Hebesatzerhöhungen finanziell unter Druck zu setzen. Für die Haushaltsjahre 2009 und danach hat der HSGB bereits unmissverständlich deutlich gemacht, dass eine weitere Verschiebung der Finanzverteilung im kreisangehörigen Raum zu Lasten der Städte und Gemeinden auf massiven Widerstand stoßen wird und die Verbesserung der Umlagegrundlagen an sich in niedrigere Hebesätze münden müsse. Vor diesem Hintergrund wären steigende Umlagehebesätze nicht akzeptabel“. So der Auszug aus dem Tätigkeitsbericht. Es kann nicht sein, dass das Land seiner Verpflichtung nicht nachkommt und die Kommunen nicht mehr wissen, wie sie ihre Gelder zusammenbringen sollen. Der einfachste Weg ist, die Kreis- und Schulumlage zu steigern und die Bürgermeister müssen sehen, dass sie ihre Gebühren erhöhen. Zum Schluss haben die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden die Last zu tragen. Wenn der Hessische Innenminister und das HSGB diese Empfehlung abgeben, kann dieser Antrag nicht falsch sein.

Abgeordneter Dr. Valet (FWG) spricht Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) an. Er mag keine Vergleiche, weil sie meistens hinken, aber dieser ist komplett gehunfähig. Die SPD steht der Planwirtschaft wesentlich näher als seine Fraktion, wenn man beispielsweise an die Gesundheitspolitik denkt. Es war auch nicht alles schlecht an der DDR, die Planwirtschaft aber mit Sicherheit. Das, was man erreichen wollte waren nicht irgendwelche planwirtschaftlichen Maßnahmen.....,

Zwischenruf des **Abgeordneten Froneberg (SPD)**: „Was war gut an der DDR?“

Abgeordneter Dr. Valet (FWG) führt weiter fort, dass man mit den Leuten, die dort leben, reden sollte. Dies ist eine andere Diskussion, die er gerne bereit ist, draußen fortzusetzen. Das, was man mit dem Antrag erreichen wollte, war ein Sparwille und dies hält er für wesentlich.

Abgeordneter Esch (FWG) zeigt Verständnis für den Landrat, der für seinen zukünftigen Haushalt kämpft. Kein Verständnis hat er dafür, dass plakativ gesagt wird, „euer Projekt stirbt dann“. Es gibt einen Grundsatz der Gesetzmäßigkeit in der Verwaltung und man muss hinnehmen, dass Kommunen und Landkreise sich bestimmte Gelder aufteilen müssen. Eigentlich streitet man nur darum, wie man das zu tun hat. Unstreitig ist, dass diese Gelder nicht ausreichend sind. Ihn stört die Handfestigkeit, mit der darum gekämpft wird, weiterhin die Kommunen in einer Art zu belasten, was nicht einmal die Landesregierung für gesetzlich zumutbar hält. Das wird exorbitant steigen, wobei er daran erinnert, dass der letzte Haushaltsentwurf, bevor er den KA passierte bei über 62,5 % Umlagen lag. Da hat man die erste Wasserstandsmeldung bekommen. In einem Punkt hat der Landrat Unrecht. Die letzten Jahre hat zwar dieses Haus die Prozentpunkte beschlossen, aber in der Regel erst auf Anweisung des Regierungspräsidiums im Nachhinein festgesetzt.

Zwischenruf des **Abgeordneten Bergfeld (SPD)** (auf dem Band nicht verständlich)

Abgeordneter Esch (FWG) bemerkt dazu: „Ich habe verstanden dass sie (Herr Bergfeld) und ihre Fraktion mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ohne jedwede Rücksicht auf Städte und Gemeinden versuchen, möglichst viel Geld zu transferieren“. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass dies weder rechtens noch opportun ist. Daher haben die bisherigen Redebeiträge bekräftigt, dass man eine Obergrenze haben muss. Das Ganze wird noch viel schlimmer als man ahnt. Der Antrag ist nur darauf bedacht, gemeinsam in eine Richtung zu gehen und das, was propagiert wird, läuft gegeneinander.

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) erklärt, dass sie sich zu Wort gemeldet hat, nachdem Landrat Schuster gesprochen hat. Sie möchte sich nicht mit ihrer Fraktion in eine Ecke drängen lassen, wenn sie dem Antrag nicht zustimmt. Der Antrag ist eine Aufforderung, Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Anscheinend gibt es Parteien, die keine Haushaltskonsolidierung wollen. Um eine vernünftige Haushaltskonsolidierung zu betreiben, braucht man, und da ist der Kreisausschuss aufgefordert, einen Schulentwicklungsplan, um auf dieser Ebene Entscheidungen zu treffen, weil man dann weiß, was die Schulen kosten. Weiter wird ein Sozialcontrolling benötigt. Wenn der Kreisausschuss seine Hausaufgaben gemacht und man eine Basis hat, auf der man Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung treffen kann, müsste man über die 58 % überhaupt nicht mehr streiten.

„Als Jemand, dessen Familie in der Ostzone groß geworden ist und dort gelebt hat, kann er die Aussage von Dr. Valet, die er eben getroffen hat, es wäre vieles dort gut gewesen, nicht nachvollziehen“, bemerkt **Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU)**. Der Landrat hat bei seinen Aussagen „das Rumpelstilzchen gespielt“ nach dem Motto: „Teile und herrsche“. Diejenigen, die für den Antrag sind, sind dafür, dass Schulen gebaut werden und die, die dagegen sind wollen, dass Schulen nicht gebaut oder saniert werden. Er hält dies für die falsche Strategie. Alle haben ein Interesse daran, dass es diesem Staat gut geht, wobei auch alle wissen, dass die

Situation augenblicklich schwierig ist. Da nützt auch kein Verweis darauf, wie schlecht das Land jemanden behandelt. Mit diesem Argument kann man alles abwimmeln. Mittlerweile hat man ein historisches Höchstniveau im Bereich des kommunalen Finanzausgleiches. Im letzten Jahr 3,3 Milliarden EUR, soviel wie noch nie. Wenn man die gleiche Steuerlastverteilung hätte wie beispielsweise in Bayern oder Baden-Württemberg, dann hätte das Land Hessen eine Steuereinnahme von etwa 60 % und die kommunale Seite 40 %. Dann bräuchte man sich auf Landesebene über viele Dinge keine Gedanken zu machen. Von daher ist es in der Sache falsch zu sagen, alles liegt nur am Land. Man könnte auch über die Frage diskutieren, welche Ansprüche die Gesellschaft an den Staat stellen. Das wäre auch eine spannende Frage anstatt immer an der Steuerschraube zu drehen. Der Landrat selbst hat an der „Spielmasse“ beim Haushalt 2009 Hand angelegt. Nachdem es keine Mehrheit für den Haushaltsplan 2009 gab, ist ein veränderter Entwurf eingebracht und mit einem Federstrich 7 Millionen gespart worden. Dies zeigt ihm, dass man etwas machen kann. Daher ist es völlig richtig, im Vorfeld der Haushaltsaufstellung den Landrat und den KA zu verpflichten, maximal mit 58 % zu planen. Dies bedeutet Planungssicherheit. Wenn man feststellt, es reicht nicht, ist es Aufgabe des Landrates Vorschläge zu unterbreiten, wo etwas eingespart werden kann. Er stellt folgenden Änderungsantrag:

„58 % sollen als Entwurf für den Haushalt 2010 beschlossen werden“.

Er bietet an, im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss grundsätzlich über die angesprochenen Rechtsfragen zu diskutieren, losgelöst von dem geänderten Beschlussvorschlag.

Abgeordneter Esch (FWG) erklärt sich mit der Festlegung der 58 % für den Haushaltsentwurf 2010 wie auch mit der Diskussion der Rechtsproblematik im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss einverstanden.

Vorsitzende Müller hält fest, dass der zweite Teil, die Diskussion im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss nicht Gegenstand des Änderungsantrages ist.

Gegen diese Feststellung erheben sich keine Einwände.

Abgeordneter Rauber (SPD) vertritt nach wie vor die Auffassung, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann. Es ist richtig, was Herr Irmer gesagt hat, das sich das Verhältnis des Steueraufkommens wesentlich zugunsten der Kommunen verändert hat. Es sind aber auch eine Menge Aufgaben nach unten verlagert worden, was nicht gesagt wurde. Schule ist die Zukunftsaufgabe, die man gemeinsam zu bewältigen hat. Er lobt den Beitrag des Abgeordneten Hartmut Müller (CDU), der mit seinen Äußerungen deutlich gemacht hat, dass eine Verantwortung als Ausschussvorsitzender bei ihm liegt, darüber offen zu diskutieren, welche rechtlichen Rahmenbedingungen man für die Gestaltung der Kreisumlage hat. Hier im Hause sitzt niemand, der dafür verantwortlich ist, dass im Jahr 2009 und 2010 die Grundlagen der Refinanzierung kommunaler öffentlicher Aufgaben so in den Sand gesetzt wird, wie es sich derzeit abzeichnet. Man badet etwas aus, was eine kleine Gruppe angerichtet hat. Wenn ein Landrat deutlich macht, dass er bereits jetzt schon mehr Ausgaben als Einnahmen hat und er frühzeitig über einen Nachtragshaushalt nachdenkt, wird er seiner Verantwortung voll umfänglich gerecht und das sollte man zur Kenntnis nehmen. Es ist ein Bedarf vorhanden darüber nachzudenken, zu beschneiden und welche Schulen man zukünftig noch haben wird. Die neuesten Zahlen der Landesregierung zeigen deutlich, dass in den nächsten Jahren die Schülerzahlen von 650.000 am Beginn eines Schuljahres auf unter 500.000 sinken. Bei den Schuldebatten muss man noch ernsthafter darüber diskutieren, dass noch wesentlich dramatischere Zahlen beim Schülerrückgang zu verzeichnen sind, als man das vor wenigen Wochen noch gedacht hätte. Dies gehört auch zur politischen Ehrlichkeit, die man in diesem Hause führen muss. Dann muss auch über Standorte diskutiert werden. Wenn man das nicht schafft, ist es völlig egal, ob der Antrag heute eine Mehrheit bekommt oder nicht. Er appelliert

an die FWG-Fraktion, den Antrag zurückzunehmen und sich die Worte des Abgeordneten Müller zu Herzen zu nehmen und die Angelegenheit im Fachausschuss zu diskutieren.

Abgeordneter Ratz (SPD) verwarft sich gegen einen Vorwurf, den Herr Esch in seinem letzten Beitrag gemacht hat, nämlich wer gegen die 58 %-Regelung ist, belastet die Städte und Kommunen. Dagegen verwarft er sich persönlich. Niemand in diesem Haus will freiwillig irgendwelche Städte und Gemeinden belasten. Logischerweise kann es keine Deckelung geben. Es ist jetzt 2009 und in etwa 8 Monaten werden die Haushaltsberatungen sein. Wer weiß, was dann ist. Als Kreistagsabgeordneter kann er jetzt nicht sagen, es wird gedeckelt, wenn er die Fakten jetzt noch nicht kennt. Nur an den konkreten Planungen für das kommende Haushaltsjahr kann man entscheiden, was man macht.

Abgeordneter Engel (SPD) kommt auf das Konnexitätsprinzip zu sprechen. Seit vielen Jahren beobachtet er mit Widerwillen, dass Aufgaben von oben nach unten verlagert, ohne dass entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Er hält die Diskussion über die 58 % für eine Scheindiskussion. Es ist bekannt, dass der Kreis Pflichtaufgaben hat, die er bezahlen muss. Für diese Aufgaben muss er sich die finanziellen Mittel besorgen. Die in der Kommunalpolitik tätig sind wissen auch, dass man mit den 58 % noch nicht einmal die Hälfte des Betrages hätte, der benötigt würde. Man hat ein Finanzierungsproblem. Er prophezeit, dass man noch nicht einmal die Pflichtaufgaben mit dem, was man als Einnahmen zur Verfügung hat, annähernd finanzieren kann. Dies heißt im Umkehrschluss, dass man sich Geld bei den Banken leihen muss. Auch die Kommunen werden dies tun müssen. Er hält es für möglich, dass man von Jahr zu Jahr in verantwortungsvoller Diskussion, auch mit den Bürgermeistern die entsprechenden Sätze festlegt. Ob in schwierigen finanziellen Zeiten eine starre Festlegung das geeignete Mittel ist, wagt er zu bezweifeln. Man nimmt sich damit auch eine gewisse Flexibilität. Es gibt ganz andere Probleme und das Wohl des Kreises wird nicht an den 58 % hängen.

Abgeordneter Dr. Valet (FWG) macht deutlich, dass er sich offenkundig in einem Nebensatz missverständlich ausgedrückt hat. Ihm liegt fern, das System der DDR zu verteidigen. Es ist nicht alles schlecht gewesen, was in der DDR war. Was er meint, ist die politische und soziale Verantwortung im persönlichen Bereich und davon gab es dort mehr als hier.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, fasst **Vorsitzende Müller** zusammen, dass die CDU einen Änderungsvorschlag unterbreitet hat, der von der FWG angenommen worden ist. Der Beschlussvorschlag hat nunmehr folgenden Wortlaut:

„Der Kreistag beschließt, für den Entwurf des Haushaltsplanes 2010 die Summe der Kreis- und Schulumlage auf maximal 58 % zu begrenzen“.

Sie lässt über diesen geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen (29 CDU, 8 FWG, 3 FDP, 1 NPD und 1 Abgeordneter Sattler, parteilos),
34 Nein-Stimmen (28 SPD, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Die Tierschutzpartei),
keine Stimmenthaltungen.

Damit ist dem geänderten Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt.

Anmerkung:
Die Sitzungsleitung wird wieder von der Kreistagsvorsitzenden Müller übernommen

Zu TOP 10

Schülerbeförderung;
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2009
Drucksache 40/2009

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) macht deutlich, dass das Thema Schülerbeförderung den Kreistag in den letzten Jahren mehrfach beschäftigt hat. Auch wenn die Anträge von verschiedenen Fraktionen gestellt worden sind, zeigten die Debatten in der Tendenz, dass es Defizite gibt und das etwas getan werden muss. Aktueller Aufhänger war eine Prüfung des ADAC's und Kontrollen durch die Polizei, sowie Berichte der heimischen Tagespresse, mit der Folge einer Reihe von Leserbriefen dazu. Auch Beschwerdeschreiben von betroffenen Eltern hat man erhalten. Auf einzelne Beschwerden geht er näher ein. In der letzten Kreistagssitzung ist vom Landrat erklärt worden, dass er die 4. Abmahnung an ein Unternehmen verschickt hat. Daraus müssen Konsequenzen folgen, weil es auch um die Sicherheit der Kinder geht. Auch dazu führt er Beispiele auf. Aufgrund dieser Vielzahl von Mängeln möchte seine Fraktion eine erneute Anhörung durchführen, allerdings etwas anders als die, die vor zwei Jahren stattgefunden hat. Diese Anhörung soll den Betroffenen, sei es Kreiselternbeirat, Kreisschülerrat, Schulleitungen die Chance geben, bei einer öffentlichen Anhörung ihre konkreten Punkte vorzutragen. Diese Punkte sind zu kontrollieren und sollen den zuständigen Stellen im VLD mit einer Berichtspflicht übergeben werden. Es muss gehandelt werden, auch bezüglich der Frage, was Verspätungen angeht. Seine Fraktion möchte genau wissen, was getan worden ist, um diese Mängel abzustellen. Er bittet um Zustimmung zu dem Antrag.

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) spricht die seit Jahren auftretenden Mängel, die auch der Presse zu entnehmen waren, an. Tatsache ist, dass sich die Schülerbeförderung nicht an den Interessen der Eltern und Schülerinnen und Schülern orientiert. Schülerinnen und Schüler wollen schnell, direkt, sicher und bequem von Schule zu Schule und nach Hause gebracht werden. Fairerweise muss gesagt werden, dass das Angebot der Schülerbeförderung sehr stark durch die Finanzierung beeinflusst wird. Hier muss dringend nachkorrigiert werden. Der Lahn-Dill-Kreis gibt sehr viel Geld für die Schülerbeförderung aus. Im Vergleich zu dem vielen Geld werden die Kunden nicht so gut bedient. Zu den Gründen, warum dies so ist, macht sie weitere Ausführungen (§ 45 Personenbeförderungsgesetz). Es ist nicht verwunderlich, dass die Qualität der Schülerbeförderung immer wieder ein Thema ist. Es gibt lange Wartezeiten an den Bushaltestellen, die keine Orte sind, an denen man sich wohlfühlen kann. Viele Kinder verletzen sich im Gedränge an den Haltestellen und sind sie einmal in den Bus eingestiegen, bekommen die körperlich Unterlegenen keine Sitzplätze. Dabei befinden sich die Busfahrer in einer misslichen Situation. Sie müssen sich auf den Verkehr konzentrieren und können nicht gleichzeitig 40 – 100 Kinder beaufsichtigen. Nach einer Studie der Universität Jena leiden 8 – 10 % der Kinder unter dem sogenannten Schulbusphänomen. Sie haben Angst in den Schulbus zu steigen, weil sie schon als Mobbingopfer bezeichnet werden können. Es wird Zeit, dass die

Politik reagiert. Bislang hat man sich den schwarzen Peter gegenseitig zugeschoben und es ist nichts geschehen. Die Mängel können nicht automatisch immer wieder dem Schulträger angelastet werden, denn dieser wird teilweise von der Rechtsaufsicht daran gehindert, höhere Standards bei der Schülerbeförderung anzuwenden. Es ist grotesk, dass man sich bei einem Schulausflug anschnallen muss und auf dem Weg zur Schule nicht. Dies macht keinen Sinn. Als Lösungsansätze sieht sie, den Rechtsrahmen zu verbessern und Mängel, die auf die Nichteinhaltung bestehender Regeln zurückzuführen sind, abzustellen. Es gibt bereits Landkreise und Kommunen, die ihren Schülerinnen und Schülern Erfassungsbögen an die Hand geben, um auftretende Mängel besser nachvollziehen zu können. Sie geht darauf noch näher ein. Dadurch lässt sich einfach feststellen, wo am meisten Defizite und Probleme auftreten. Ihre Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion zu dem Antrag. Gerade im ehemaligen Landkreis Wetzlar ist die Schülerbeförderung in der letzten Zeit ein fortlaufendes Ärgernis. Das es auch anders gehen kann, sieht man an einem soliden Busunternehmen im ehemaligen Dillkreis. Wozu die europaweiten Ausschreibungen führen, ist gerade im ehemaligen Landkreis Wetzlar deutlich zu erkennen. Solche Ausschreibungen bringen die heimischen soliden Busunternehmen derart in Bedrängnis, mit der Folge, dass sie nicht mehr mithalten können und sich zusammenschließen müssen. Als Schulträger hat man dann keinen direkten Ansprechpartner mehr. Solche Verfahren tun allen Beteiligten nicht gut. Sie sieht die Notwendigkeit einer Anhörung und das man sich dieser annimmt. Sie erwartet, dass man auch beim Land offene Ohren findet und das es gemeinsam gekoppelte Maßnahmen gibt. Wenn man etwas anderes will muss man auch bereit sein, mehr zu investieren. Dabei darf nicht verkannt werden, dass Schüler nicht nur Opfer sind, sondern sich zum Teil auch so verhalten, dass es nicht angemessen ist. Es gibt gute Programme mit Buslotsen, was verstärkt werden könnte. Wenn sich das Verhalten der Schüler nicht ändert, wird man in fünf Jahren noch über Mobbingopfer reden. Sie spricht sich für den Ausbau der Buslotsenkonzepte aus. Von der Kultusministerin erwartet sie, dass diese auf die Schulträger zugeht und diese nicht im Regen stehen lässt.

Abgeordneter Krohn (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Antrag. Er hält das Thema für einen Dauerbrenner ohne Happyend. Bei der Anhörung in 2007 sind sehr viele Fragen offen geblieben, denn danach standen umfassende Fahrplanänderungen und auch Neuausschreibungen der Buslinien an. Daher ist es besonders interessant, zu schauen, was sich danach wirklich verbessert hat und inwieweit die Versprechen des VLD eingehalten wurden. Es darf nicht sein, dass Busfahrerinnen und Busfahrer in den Schulbusbetrieb gelassen werden, wenn sie nicht entsprechende Ortskenntnisse haben. Ein weitaus größeres Problem stellen die ausgefallenen Fahrten und die Busverspätungen dar. Und hier liegt das Zepter in der Hand des VLD. So haben sich auch viele Busfahrer beschwert über zu enge Fahrpläne, die kaum einzuhalten sind. Die Anhörung erscheint aus verschiedenen Gründen, auf die er näher eingeht, sinnvoll. Es kann nicht hingenommen werden, dass in dem sensiblen Bereich der Schülerbeförderung ständig Probleme auftreten. Dabei muss betont werden, dass der Kreisausschuss an diesem Thema dran ist und Unterstützung anbietet. Die Ergebnisse der Anhörung müssen sehr ernst genommen werden, weil man zu diesem Thema eine sehr große Verantwortung trägt. Er spricht den Antragstext an, in dem es heißt, dass die Anhörung unter Beteiligung des „zuständigen Fachausschusses“ erfolgen soll. Er schlägt vor, dies genauer zu definieren und die Fachausschüsse Bildung, Jugend und Familie sowie Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft, zu beteiligen, so wie es bei der letzten Anhörung war.

Landrat Schuster (SPD) verweist auf eine Vorgabe des Gesetzgebers, wonach der Schulbusverkehr in den öffentlichen Personenverkehr zu integrieren ist. Diese Gesetzesvorgabe in Hessen hat man beim Lahn-Dill-Kreis weitestgehend erfüllt. Schülerbeförderung als solche, ist eine Beförderung im Schulbus, aber nicht im Linienverkehr. Dies gibt es im sogenannten freigestellten Schülerverkehr, wie beispielsweise bei den Förderschulen. Was der ADAC gemacht

hat, ist merkwürdig. Man nimmt Kriterien, die für einen Schulbus gelten und überträgt diese auf den Linienbus. Das der Schulträger alleine in den VLD investiert, ist nicht richtig. Alleine für die freigestellten Schülerverkehr investiert der Lahn-Dill-Kreis rund 5 Millionen EUR und bezahlt somit die „Clever-cards“. Richtig ist, dass man im südlichen Kreisteil ein Linienbündel mit der Verkehrsgemeinschaft Mittelhessen hat. Darauf geht er näher ein. Die gleichen Probleme hat auch der Nachbarkreis Limburg-Weilburg. Das Problem ist, dass man nicht sofort ein Alternativunternehmen zur Verfügung hat, welches morgens 53 Busse zur Verfügung stellen kann. Diesbezüglich laufen Gespräche. Man versucht einen neuen Partner zu finden. Es ist nicht ausreichend hohe Qualitätsstandards für Fahrzeuge zu fordern, wenn ein Busfahrer dann nur 7 EUR die Stunde verdient. Daher muss auch politisch diskutiert werden „anständiger Lohn für anständige Arbeit“. Hier benötigt man die Unterstützung der Politik, die darauf hinwirkt, dass der Faktor Mensch auch berücksichtigt wird. Letztendlich dürfen nicht die Kräfte des Marktes über die Sicherheit in Schulbussen entscheiden. Man ist nicht Täter sondern Opfer durch eine schlechte Leistungserstellung eines Partners, von dem man sich hoffentlich relativ schnell trennen kann.

Abgeordneter Euler (FWG) zeigt sich erfreut über die Einigkeit, dass der Brunnen abgedeckt werden muss, bevor das Kind hineinfällt. Negative Dinge sind viele erwähnt worden und er möchte ein positives Beispiel bringen. So hat ein Busfahrer die Anregung gegeben, die Umsteigestelle auf eine Haltestelle im Industriegebiet zu verlagern. Dadurch konnte eine Gefahrenquelle und weitere Problematiken gelöst werden. Er geht auf diesen Fall noch detaillierter ein. Ohne großen Verwaltungsaufwand konnte durch eine Ortsbesichtigung diese Anregung umgesetzt werden. Auch derartiges sollte man bei der Anhörung aufnehmen, um vielleicht gleichgelagerte Probleme in anderen Orten lösen zu können.

Abgeordneter Tegel (Die Tierschutzpartei) meint, dass erhebliche Mängel an den Fahrzeugen insbesondere wenn es um die Stehplätze geht, zu verzeichnen sind. Busse sind überfüllt und es gibt erhebliche Wartezeiten. Dass Fahrer nicht ortskundig sind, ist für ihn unverständlich, weil nach dem Personenförderungsgesetz entsprechende Prüfungen abgelegt werden. Er begrüßt es, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen, wobei man auch den Personenkreis hinzuziehen sollte, der Schüler in Kleinbussen transportiert. Lösungsansätze können in den meisten Fällen nur mit Geld gefunden werden. Er unterstützt den Antrag, in der Hoffnung, dass sich für die Unternehmer, wie auch für die Schülerinnen und Schüler, die Situation verbessert.

Abgeordneter Steinruck (CDU) macht deutlich, dass bei dieser Anhörung die Teilnehmer die Möglichkeit erhalten sollen, Aussagen zu machen. Diese sind zu protokollieren und entsprechend zu bearbeiten. Er möchte verhindern wissen, dass Herr Mohn mit einigen Erwidern und Totschlagargumenten den Leuten die Redezeit stiehlt. Allerdings muss man sich auch darüber Gedanken machen, wie man einige Veränderungen herbeiführt. Mit den Schülerfahrkarten zahlt man einen Teil der Linien mit, die an vielen Stellen leer fahren. Auch darüber muss man sich unterhalten. Er kann sich nicht damit abfinden, wenn Herr Mohn sagt, man hat keinen Schulbus mehr sondern nur noch Linienverkehr. Dann muss eben der Linienverkehr so verstärkt werden, dass zu den Stoßzeiten entsprechende Kapazitäten vorhanden sind. Man kann nicht nur Ausschreibungen durchführen um die Preise zu drücken, wobei man sich im Klaren sein muss, dass die Kilometerkosten steigen, wenn man die Stundenlöhne erhöht, was er jedoch begrüßen würde. Die Busunternehmen befinden sich in einer schwierigen Situation. Die Standards, die ausgeschrieben sind, sind völlig ausreichend. Wenn aber bestimmte Standards nicht eingehalten werden, dann muss sich der VLD gefallen lassen, dass ihm vom ADAC und von der Polizei dies zum Vorwurf gemacht wird. Er war immer schon ein Gegner, den Schulbusverkehr in den Linienverkehr zu integrieren. Man sollte auch darüber nachdenken, ob dies nicht wieder in einen zweigeteilten Bereich übergeführt werden kann.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, fasst **Vorsitzende Müller** zusammen, dass von Abgeordneten Krohn vorgeschlagen worden ist, die Anhörung unter Beteiligung der Fachausschüsse Bildung, Jugend und Familie sowie Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft, durchzuführen. Sie lässt über diese geänderte Drucksache, die nunmehr folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert unter Beteiligung der Fachausschüsse „Bildung, Jugend und Familie“ sowie „Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft“ eine öffentliche Anhörung zum Thema „Schülerbeförderung im Lahn-Dill-Kreis“ durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltungen einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 11

Das Sozialcontrolling des Lahn-Dill-Kreises optimieren;
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2009
Drucksache 41/2009

Abgeordneter Dr. Preuschoff (CDU) meint, dass sich alle Fraktionen, der Kreisausschuss und die Verwaltung große Mühe gegeben haben, den Bericht zur Sozialplanung/Sozialcontrolling zu erarbeiten. Seitdem ist aus Sicht seiner Fraktion die Sozialplanung optimiert worden. Man erhält vortreffliche Bestandsaufnahmen zu Kindertagesstätten und zu Altenhilfeplänen. Die Arbeitsgruppen, die dafür verantwortlich sind, erhalten das verdiente Lob von allen Fraktionen. Auch die Zahlen, die darin enthalten sind, sind für die Arbeit wertvoll. Ursprünglich wollte man aber noch etwas anderes. Ziel war es, im Sinne von Effizienz und Haushaltskonsolidierung weiterzugehen, durchgreifender das eigene Verwaltungshandeln begleiten und zu überprüfen. Wenn man Sozialbericht und Sozialatlas vergleicht, so wirken diese, etwas übertrieben dargestellt, geschichtsarm, dass heißt, man erfährt nicht, was beispielsweise nach dem Atlas 2000 passiert ist und welche Konsequenzen daraus gezogen worden sind und welche Pläne man hatte, diese soziale Situation zu optimieren. Es geht nicht nur um Defizite, denn auch ein guter Kreis kann noch besser werden. In diesem Sinne mangelt es an bestimmten Daten. Um das Thema zu begleiten, brauchen diese Fakten nicht nur die Dezernenten, sondern auch die Abgeordneten des Kreistages. So hieß es in dem Antrag der SPD-Fraktion, dass ein aussagefähiges Sozialcontrolling aufzubauen ist. Wenn man dann in den Haushaltsplan hineinschaut, fehlt vieles davon, was man haben wollte. Positiv anzumerken ist, dass Planung und Controlling im Bereich der Kindertagesstätten und insbesondere im Bereich Kinder unter 3 Jahren recht gut verläuft. Man hat eine Planzahl, die man in einigen Jahren erfüllen will und bekommt Zwischenstände über den Zielerreichungsgrad. In der letzten Sitzung des Sozialausschusses hatte man eine sehr konstruktive Arbeitsatmosphäre. Hier ist man zu einem brauchbaren Entschluss gekommen, wobei zu bedenken ist, dass die Erhebung von Daten für Kennzahlen Kräfte bindet. Von daher sollten sich die Kennzahlen nur auf einige wenige beschränken.

Abgeordneter Aurand (SPD) schließt an das an, was am vergangenen Mittwoch im Sozialausschuss diskutiert worden ist. Seit mindestens fünf Jahren gibt es eine Sozialplanung beim Lahn-Dill-Kreis, die sich sehen lassen kann. Aus dieser Sozialplanung hat man sehr gute Zwischenschritte erzielt. Damals ist man zu dem Entschluss gekommen, dass nur durch eine gute Sozialplanung ein Sozialcontrolling geschehen kann. Daher wird seine Fraktion dem Berichtsantrag zustimmen können. In der vergangenen Woche ist ein sehr umfangreicher Sozialbericht diskutiert worden mit dem Untertitel „ein sozialstruktureller Überblick“. Obwohl

man sich über den Begriff Sozialcontrolling tatsächlich streiten kann, ist man sich darüber einig, dass das Eine das Andere bedingt. Er bedankt sich bei den Bediensteten, die diesen Prozess sehr gut begleitet haben. Dies ist ein Beispiel, dass dieser Kreistag seine Berechtigung hat, zusammenzuarbeiten.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 41/2009, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

„Der Kreisausschuss wird aufgefordert, in den Sitzungen der Ausschüsse Bildung, Jugend und Familie am 30.06.09 und Soziales, Arbeit und Integration am 01.07.09 in Ausführung der Kreistagsbeschlüsse vom 07.05.08 darzustellen

1. exemplarisch das aktuell praktizierte System des Sozialcontrollings des LDK in Bezug auf die vorangegangene Sozialplanung und außerdem unter Verwertung des Systems der Kennzahlen des Haushaltsplan 2009
2. die Pläne des Kreisausschusses zur Optimierung des Sozialcontrollings
3. das aktuell praktizierte System der „kontinuierlichen Sozialberichterstattung“ gegenüber dem Kreistag und seinen Ausschüssen in den im Kreistagsbeschluss vorgegebenen Politikbereichen „Kinder, Jugend, Familie, Senioren, Frauen, Armut, Behinderungen, Migration, Schule, Bildung, Beschäftigung“
4. die Pläne des Kreisausschusses zur Optimierung dieser Sozialberichterstattung gegenüber dem Kreistag

Die Mitglieder der o. a. Ausschüsse sollen mit der Einladung zu diesen Sitzungen Material zugesandt erhalten, das exemplarisch die aktuell praktizierten Verfahren der Sozialberichterstattung (gegenüber dem Kreistag) und des Sozialcontrollings des Kreisausschusses und vorgesehene Optimierungen verdeutlicht.“

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltungen, einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 12

Schulentwicklungsplan;
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2009
Drucksache 42/2009

Abgeordneter Klier (CDU) hält es für zwingend notwendig, im Sinne einer ordnungsgemäßen Weiterentwicklung des Schulwesens an Lahn und Dill, dass die Schulen Planungssicherheit erhalten. Nicht zuletzt durch die ständigen Hiobsbotschaften bezüglich der Standsicherheit ist das schulische Umfeld verunsichert. Andererseits muss man für die zukünftige Planung bedenken, dass Konsequenzen aus den festgestellten baulichen Untersuchungen zu ziehen sind. Nachdem der Kreistag beschlossen hat, dass der Schuldezernent bis zum Sommer diesen Jahres eine Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Altkreis Wetzlar bezüglich der Schulen Sekundarstufe 1 und Oberstufe vorzulegen hat, macht es Sinn, in Abstimmung mit diesem Schulentwicklungsplan das gleiche auch für den alten Dillkreis zu tun. Es gibt Gemeinsamkeiten und Verzahnungen, was er an einem Beispiel der Gesamtschule Ehringshausen deutlich macht. Es gibt eine Reihe von Fragen, die im Zuge einer Fortschreibung eines solchen Schulentwicklungsplanes geklärt werden müssen, wie beispielsweise, wo soll es im alten Dillkreis zukünftig weiter Förderstufen, oder wo soll es im alten Dillkreis in Zukunft noch Hauptschulstandorte geben? Er nennt noch beispielhaft weitere Fragen. Aus all den Fragen

wird deutlich, dass es nach Meinung seiner Fraktion notwendig ist, auch mit Blick auf die demographische Entwicklung, den Schulentwicklungsplan zu aktualisieren. Er bittet um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) meint, es ist das Schlimmste, Mutmaßungen über die Entwicklung von Schulformen im Kreistag zu betreiben, ohne vernünftige Grundlagen zu haben. Das verunsichert Schulstandorte und einzelne Schulen. Es besteht die Arbeitsgruppe „Demographie und Schulentwicklung“, die sich derzeit mit der Weiterentwicklung der Schulen in der Sekundarstufe 1 im Bereich des gesamten Lahn-Dill-Kreises befasst. Sie bringt folgenden Änderungsantrag ein:

„Der Kreisausschuss wird gebeten, bis Herbst 2009 zu überprüfen, ob der Schulentwicklungsplan für die weiterführenden Schulen im ehemaligen Dillkreis fortgeschrieben werden muss. Der Kreisausschuss berichtet zeitnah über die Prüfungsergebnisse im zuständigen Fachausschuss“.

Abgeordneter Schmidt (FDP) meint, dass man sich nur mosaiksteinartig einem grundsätzlichen Thema dieses Kreises annähert. Der Kreistag hat beschlossen, für den Bereich Wetzlar einen Schulentwicklungsplan zu erstellen. Dies war nicht besonders glücklich, weil Schulentwicklung nicht an den Grenzen der Kreisteile halt macht. Man hat was auf den Weg gegeben, was den Blick auf das Gesamte verstellt. Daher hat er mit dem vorliegenden, wie auch mit dem Änderungsantrag, ein Problem, weil man sich wiederum nur mit Facetten und Teilen beschäftigt. Man sollte lieber überlegen, wie man den Schulentwicklungsplan des Lahn-Dill-Kreises insgesamt fortschreibt.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) stellt fest, dass der Auftrag, was den Altkreis Wetzlar angeht, erteilt wurde. Bis nach der Sommerpause dieses Jahres soll angeblich der Plan vorgelegt werden. Damit hat man eine Grundlage, um in Abstimmung mit diesem Teilschulentwicklungsplan auch einen Schulentwicklungsplan vorzulegen, der den Altkreis Dillenburg umfasst. Dann kann man das, was man dann für Wetzlar als Erkenntnis hat, mit für den Dillenburger Plan einarbeiten. Daher macht es Sinn, dies so zu machen, wie es von seiner Fraktion beantragt wurde.

Abgeordnete Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen) wundert sich darüber, dass so getan wird, als ob die Fortführung des Schulentwicklungsplanes für den Nordkreis unabgestimmt mit dem restlichen Kreis stattfinden würde. Wenn die Situation brennt, ist zu handeln, wie beispielsweise bei der Goetheschule in Wetzlar und dies geht nicht ohne Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes. Darüber war man sich einig. Sie hat ein Problem damit, einen künstlichen Keil zwischen Nord- und Südkreis zu schieben.

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) möchte von Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Wegrich (SPD) wissen, wo man die Grundschulen im Lahn-Dill-Kreis wiederfindet. Gibt es diese im Schulentwicklungsplan?

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegrich (SPD) hält dies für eine eigenartige Frage. Es besteht ein Schulentwicklungsplan aus dem Jahr 2004, der im Februar 2006 durch das Kultusministerium genehmigt wurde. Dort findet man auch alle Grundschulen. Allerdings hat der Kreistag aus seiner Mitte heraus im letzten Herbst einen Beschluss gefasst, nur die Sekundarstufen 1 und 2 zu überplanen und hat dabei die Grundschulen herausgenommen. Man wird natürlich einen Schulentwicklungsplan mit den Grundschulen vorlegen, weil eine Entwicklung der Schülerzahlprognosen ohne die Grundschulen nicht möglich ist. Die Frage, braucht man einen Schulentwicklungsplan und wenn ja, wofür, lohnt sich zu diskutieren. Denn es gibt keine gesetzliche Verpflichtung, den Schulentwicklungsplan fortzuschreiben bzw. nur dann fortzuschreiben, wenn von der Schulorganisation her eine Notwendigkeit besteht. Wenn,

wie bei der Goetheschule, schulorganisatorisch im Altkreis Wetzlar etwas zu ändern ist, muss der Schulentwicklungsplan fortgeschrieben werden. Dies sieht auch das Kultusministerium so. Bis jetzt hat er noch von keiner Fraktion gehört, was im nördlichen Kreisteil geändert werden soll. Was Herr Klier geäußert hat, Zukunftsbestand der Förderstufen, ist nicht mehr Aufgabe eines Schulentwicklungsplanes. Die Förderstufe ist keine Schulform mehr. Daher sollte man erst abwarten, wie die Entwicklung aussieht und welche Schülerzahlen sich ergeben. Zu der Auswertung des Anmeldeverhaltens der Eltern, die er in der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe vorgelegt hat, macht er weitere Ausführungen. Erst wenn ein Ergebnis vorliegt und möglichst Konsens darüber besteht, was geändert werden soll, macht es Sinn, einen Schulentwicklungsplan vorzulegen. So heißt es beispielsweise im Schulentwicklungsplan 2004, dass zumindest bei Standortfragen der Konsens aller im Kreistag vertretenen Fraktionen anzustreben ist.

Abgeordneter Klier (CDU) spricht die erwähnte Auswertung der Anmeldungen durch die Eltern an und bittet, seiner Fraktion diese Liste zur Verfügung zu stellen.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegrich (SPD) will dies gerne tun, macht aber darauf aufmerksam, dass Schulleiter davon berichtet haben, dass ihnen andere Zahlen vorliegen. Es wird versucht, diese Differenz auch in Abstimmung mit dem Staatl. Schulamt aufzuklären.

Abgeordneter Löw (CDU) bestätigt die Ausführungen von Herrn Wegrich. Heute Nachmittag wird zumindest für den Altkreis Wetzlar aufgrund der Meldungen, die den Schulen vorliegen, feststehen, wie hoch die Anmeldungen sind und von welchen Grundschulen sie kommen. Es nutzt nichts, wenn man Zahlen durch Doppelt-, oder Dreifachmeldungen zugrunde legt. Die Notwendigkeit, dass unter Umständen das Staatl. Schulamt auf Unterstützung angewiesen ist, schildert er am Fall der Kestnerschule. Für dieses Jahr ist eine Organisationsänderungsmöglichkeit beschlossen worden. Das Kultusministerium sieht sich derzeit nicht in der Lage, eine Änderung herbeizuführen, weil noch keine Änderung des Schulentwicklungsplanes vorliegt. Das hat Folgen für die Schullandschaft in Wetzlar.

In einer Zwischenfrage möchte **Abgeordnete Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)** wissen, in welcher Funktion Herr Löw redet.

„Ich rede in dem, was ich weiß und in meiner Funktion als Abgeordneter“, betont **Abgeordneter Löw (CDU)**. Ihm geht es darum, festzustellen, dass nach den Sommerferien bei der Kestnerschule nur noch zwei Funktionsstellen vorhanden sein werden. Die anderen Stellen können nicht besetzt werden. Es muss eine Schulleiterstelle für eine Haupt- und Realschule besetzt werden, die man noch nicht hat.

In einer Zwischenfrage möchte **Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD)** wissen, ob Herr Löw sagen kann, ob die zugesagten Stellen vom Kultusministerium und vom Staatl. Schulamt schon eingeplant worden sind.

Hierauf antwortet **Abgeordneter Löw (CDU)**, dass Funktionsstellen in jedem Falle da sind, die besetzt werden müssen. Und zwar eine Schulleiterstelle und eine Stellvertreterstelle. Beide können aber nicht besetzt werden, weil für den Fall, wenn diese Stellen als kooperative Gesamtschule ausgeschrieben werden, eine A 15 und A 15 Z-Besoldungsstufe ausgeschrieben werden. Im Falle einer Haupt- und Realschule ist die Wertigkeit dieser Stellen niedriger. In diesem Fall müssten dann die Personen, die diese Stellen inne haben, wieder abgezogen werden mit der Frage, dass man keine Kontinuität in der Schulleitung hat. Insofern wird deutlich, dass dies, wenn keine Änderung des Schulentwicklungsplanes durchgeführt wird, die Besetzungen von Funktionsstellen blockiert. Dies ist für die Entwicklung einer Schule nicht zuträglich.

In einer weiteren Zwischenfrage möchte **Abgeordnete Beimborn (SPD)** wissen, ob es rechtlich zulässig ist, dass Informationen aus dem Staatl. Schulamt weitergegeben werden.

Hierauf eingehend bemerkt **Abgeordneter Löw (CDU)**, dass seine Fraktion Schulen besucht und Schulleiter im konkreten Fall Herr Bosse, dies jeder Fraktion mitteilen kann. Insofern hat dies nichts mit seiner Funktion beim Staatl. Schulamt zutun. Jeder, der nachfragt, bekommt diese Informationen.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht (SPD) verwarft sich in aller Form gegen den von Herrn Löw ausgesprochenen Vorwurf, dass der Schulträger durch Nichtvorlage eines Schulentwicklungsplanes irgendwelche Schulorganisationsfragen an der Kestnerschule verändert. Dies ist eine Zumutung. Der Kreistag hat im letzten Herbst einen Beschluss gefasst, zu Wetzlar bis zum Sommer einen Schulentwicklungsplan vorzulegen und bis dahin wird er vorgelegt und es ist bekannt, dass jede Schulorganisationsänderung, und darum geht es an der Kestnerschule, die Grundlage in einem Schulentwicklungsplan haben muss. Wie kommt Herr Löw dazu, Dinge, die ins Schulamt gehören, in den Kreistag zu bringen und ihm etwas anzuhängen. Dies ist unverschämt.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass **Vorsitzende Müller** zunächst über den Änderungsantrag der SPD (siehe Seite 27) abstimmen lässt:

Abstimmungsergebnis:	37 Ja-Stimmen	(27 SPD, 5 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
	33 Nein-Stimmen	(27 CDU, 3 FDP, 1 NPD, 1 Die Tierschutzpartei, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos),
	1 Stimmenthaltung	(FWG).

Somit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Vorsitzende Müller stellt fest, dass sich damit der Ursprungsantrag erledigt hat.

Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Einwand.

Vorsitzende Müller erklärt, dass zu Beginn der Sitzung die Drucksache Nr. 53/2009 als Tagesordnungspunkt 13 mit auf die Tagesordnung genommen wurde. Diese Drucksache, wie auch die Tagesordnungspunkte 14 und 15, betreffen das Johanneum-Gymnasium in Herborn. Sie möchte gerne die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums nicht länger warten lassen. Da die nächsten 3 Tagesordnungspunkte Anträge der CDU sind fragt sie Fraktionsvorsitzenden Irmer, ob etwas dagegen spricht, die Tagesordnungspunkte 13 – 15 vorzuziehen.

Dagegen erheben sich keine Einwände.

Vorsitzende Müller ruft alsdann TOP 13 – 15 zur gemeinsamen Beratung auf.

Zu TOP 13

Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms Schulen und des Konjunkturpakets II des Bundes;
hier: Ergänzende Maßnahmen und Beschlussfassung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 1,451 Mio. € sowie Umschichtungen
Drucksache 53/2009

Zu TOP 14

Gymnasium "Johanneum" in Herborn;
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2009
Drucksache 43/2009

Zu TOP 15

Neubau des Gebäudeteils 1 des Johanneum-Gymnasiums;
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2009
Drucksache 44/2009

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht (SPD) erläutert die Vorlage (Drucksache Nr. 53/2009) zu Tagesordnungspunkt 13. Der Anlass für die Vorlage wurde erst nach der letzten Kreistagssitzung bekannt, als man die Verwendung der 52 Millionen EUR aus dem Sonderprogramm schon festgelegt hatte. Danach hat man die Mitteilung erhalten, dass der Lahn-Dill-Kreis als großer Schulträger 1,451 Millionen EUR zusätzlich zur Verfügung gestellt bekommt. Man hat dann überlegt, wie man dem Kreistag einen vernünftigen Vorschlag unterbreiten kann, der auch in das System passt. Der Vorschlag ist, dass man die Notsituation des Johanneum-Gymnasiums in Herborn aufgreift und die neu zur Verfügung stehenden Mittel dafür einsetzen möchte, um erste Sofortmaßnahmen zu ermöglichen. Sofortmaßnahmen heißt, Vorbereitung des Abrisses, Vorbereitung der Neuplanung und Auftragsvergabe für den in den Sommerferien geplanten Abriss. Der 1 Million übersteigende Betrag soll dafür verwendet werden. Weiter wird vorgeschlagen, die Mittel des Programms gegenseitig deckungsfähig zu machen, was nach den Richtlinien des Landes möglich ist. Er macht dazu noch weitere Ausführungen. Wenn die Vorlage heute so beschlossen wird, würden dem Johanneum-Gymnasium insgesamt 4,5 Millionen EUR haushaltsrechtlich zur Verfügung stehen. Der verbleibende Betrag von 1 Millionen EUR soll für den Bereich der Lärmumfeldverbesserung zur Verfügung stehen. Auch hierauf geht er näher ein. Schließlich soll es noch aufgrund des aktuellen Planungsstandes innerhalb des beschlossenen Programms geringfügige Verschiebungen geben.

Anmerkung:

Die Sitzungsleitung wird durch stellvertretende Kreistagsvorsitzende Hensgen übernommen.

Kreistagsabgeordneter Klier (CDU) bemerkt, dass man kürzlich wieder eine Hiobsbotschaft über den baulichen Zustand und die Standsicherheit von Schulgebäuden entgegen nehmen musste. 50 Kernbohrungen haben ergeben, dass der Gebäudeteil 1 des Johanneum-Gymnasiums in Herborn in einer solch schlechten Qualität ist, dass es völlig richtig war, ihn sofort vorsorglich zu sperren. Eine Sanierung ist nicht möglich, so dass dieser Bau neu errichtet werden muss. Darüber besteht Einigkeit. Der Antrag seiner Fraktion geht in zwei Schritten über den Antrag der SPD hinaus. Seit vielen Jahren leidet das Gymnasium an permanentem Raumangel und man musste immer wieder improvisieren. Deshalb schlägt seine Fraktion vor, wenn der Gebäudeteil 1 neu errichtet wird, ihn um ein Stockwerk zu erweitern. Weiter plädiert er dafür, dass der Diesterwegschule, zumindest solange eine Bestandsgarantie für ihre Förderstufe gegeben wird, wie die Zahlen dafür nachweislich ausreichen. Er begründet dies noch näher. Er bittet um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) begründet den Antrag ihrer Fraktion zu TOP 15 (Drucksache Nr. 44/2009). Sie meint, dass bei diesem Punkt Konsens im Kreistag besteht. Das Johanneum-Gymnasium in Herborn braucht ausreichend neue Räume und dies möglichst schnell. Diese Schule hat in den letzten Wochen eine große Herausforderung solidarisch bewältigt. Trotz der Sperrung des Gebäudeteils 1 lief der Unterricht an diesem großen Gymnasium unproblematisch weiter. Die gesamte Schulgemeinde hat Härten in Kauf

genommen. Dies war eine logistische Meisterleistung. Sie lobt die Schulgemeinde, die sehr solidarisch mit dem Schulträger zusammengearbeitet hat. Sie wünscht sich ein einstimmiges Votum in dieser Angelegenheit. Vom Prinzip hat sie nichts gegen den CDU-Antrag, allerdings ist es Sache der Planer, zu sagen, ob der Neubau des Gebäudeteils 1 mit einem zusätzlichen Stockwerk versehen wird. Aus diesem Grund hat ihre Fraktion den Antrag bewusst etwas allgemeiner gehalten. Er bewirkt für das Johanneum-Gymnasium dasselbe, daher bittet sie um Zustimmung zu dem Antrag ihrer Fraktion.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) erklärt, dass seine Fraktion dem Konjunkturpaket II (Drucksache Nr. 53/2009) zustimmen wird. Im Grundsatz ist man sich auch bei dem Wiederaufbau des Johanneum-Gymnasiums in Herborn einig. Bezüglich seines Antrages, ein Stockwerk aufzusatteln, sollte dies als Rat verstanden werden. In welcher Form die Planer das dann umsetzen, ist ihm relativ egal. Er sieht gute Chancen, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, wobei er nichts dagegen hat, wenn man über den Teil der Bestandsgarantie der Diesterwegschule separat abstimmen lässt.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) schlägt vor, die Sitzung kurz zu unterbrechen, um einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Stellv. Vorsitzende Hensgen empfiehlt, zunächst noch die zwei angemeldeten Redner zu Wort kommen zu lassen und dann die Sitzung zu unterbrechen.

Fraktionsvorsitzender Schreiber (Bündnis 90/Die Grünen) meint, dass es klassisches Verwaltungshandeln ist, auf eine solche Situation, wie beim Johanneum-Gymnasium, zu reagieren. Daher hat man bewusst verzichtet, einen eigenen Antrag einzubringen. Seine Fraktion wird sich daher zurückhalten. Mit dem TOP 13, dem Investitionsprogramm, ist man bestätigt worden, dass die Verwaltung an dieser Stelle richtig und so schnell wie möglich gehandelt hat.

Abgeordneter Hartmut Müller (CDU) erklärt als Vorsitzender des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses, dass die Drucksache Nr. 53/2009 als Tischvorlage vorgelegen hat und nach Beratung einstimmig die Annahme der Vorlage dem Kreistag empfohlen wird.

Stellvertretende Vorsitzende Hensgen unterbricht nun die Kreistagssitzung für 10 Minuten.

Nach der Sitzungsunterbrechung erklärt **Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD)**, dass man sich mit der CDU-Fraktion auf einen gemeinsamen Antrag verständigt hat. Sie trägt den neu formulierten Antragstext vor, der wie folgt lautet:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um möglichst schnell mit ausreichenden Raumkapazitäten einen Neubau für den Gebäudeteil 1 des Johanneum-Gymnasiums in Herborn errichten zu können. Für diesen Zweck dürfen die für andere Gebäudeteile der Schule bereitgestellten Mittel aus dem Konjunktursonderprogramm des Landes Hessen eingesetzt werden.

Gleichzeitig unterstützt der Kreistag die räumliche Zwischenlösung – „Johanneum“-Auslagerung und Nutzung von 6 Klassenräumen in der Diesterwegschule und die vorübergehende Unterbringung der Förderstufe der Diesterwegschule in der Comeniusschule.

Der Kreistag fordert den Schuldezernenten auf, dafür Sorge zu tragen, dass spätestens in zwei Jahren sämtliche Baumaßnahmen abgeschlossen sind, damit alle drei Schulen wieder in Ruhe ihren pädagogischen Konzepten nachgehen können.

Diese zeitlich befristete Auslagerung erfolgt unter der Maßgabe, dass der Förderstufe der Diesterwegschule so lange eine Bestandsgarantie gegeben wird, solange die Schülerzahlen ausreichend sind.

Für den 4. Absatz beantragt **Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD)** getrennte Abstimmung.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **stellvertretende Vorsitzende Hensgen** zunächst über TOP 13 (Drucksache Nr. 53/2009), die folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

„Im Rahmen der Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms und des Konjunkturpaketes II des Bundes beschließt der Kreistag

- die als **Anlage 1** der Drucksache beigefügte Änderungs- und Ergänzungsliste zu der am 02.02.2009 im Rahmen des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 beschlossenen Schulinvestitions-Prioritätenliste,
- gem. § 114g Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 52 Abs. 1 HKO eine **überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 1.451.000 €** zur Umsetzung der in der Anlage 1 benannten zusätzlichen Maßnahmen bzw. Pauschalfördermittel im Rahmen des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms Schulen sowie des Konjunkturpakets II des Bundes und
- die gegenseitige Deckungsfähigkeit der für die einzelnen Bauvorhaben ausgewiesenen Beträge, soweit dies nach Maßgabe des Gesetzes über die Förderung von Infrastrukturinvestitionen und der Förderrichtlinien zulässig ist; dies gilt insbesondere für die Vorhaben beim Johanneum-Gymnasium.

Die als Anlage 1 der Drucksache beigefügte Änderungs- und Ergänzungsliste wird bezüglich der darin ausgewiesenen Ersatzmaßnahmen mit der Bedingung beschlossen, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen im Rahmen des gesamten Fördermittelkontingentes des Lahn-Dill-Kreises aus Landes- und Bundesprogramm (54.051 T€) gesichert sein muss.“

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltungen, einstimmig zugestimmt.

Danach lässt **stellvertretende Vorsitzende Hensgen** zunächst über die Absätze 1 – 3 des gemeinsamen neu formulierten Antrages (siehe Seite 31) betreffend Tagesordnungspunkte 14 und 15 abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Bei 5 Stimmenthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen), einstimmig zugestimmt.

Stellvertretende Vorsitzende Hensgen lässt nun über Absatz 4 des gemeinsam formulierten Antrages abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen (28 CDU, 1 FDP, 1 NPD, 1 Die Tierschutzpartei, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos)
30 Nein-Stimmen (26 SPD, 1 FDP, 1 Bündnis 90/DieGrünen, 2 FWG)
11 Stimmenthaltungen (5 FWG, 4 Bündnis 90/Die Grünen, 2 SPD)

Damit ist dem Absatz 4 mehrheitlich zugestimmt.

Zu TOP 16

Sporthalle Ehringshausen;
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.03.2009
Drucksache 45/2009

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf die nächste Sitzung vertagt

Zu TOP 17

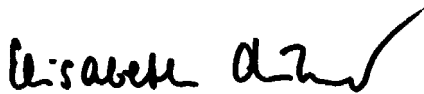
Erfahrungen mit interaktiven Whiteboards;
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2009
Drucksache 46/2009

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf die nächste Sitzung vertagt

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit schließt Vorsitzende Müller die Kreistagssitzung mit dem Hinweis, dass die heute noch nicht behandelten Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung genommen werden.

@->

<-@



Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende



Norbert Grygar
Schriftführer

Sperrfrist: 30. März 2009, 11:00 Uhr

Datum:
26. März 2009
Unser Zeichen:
11 wa-ban

Mitteilungen zur Kreistagssitzung am 30. März 2009

- es gilt das gesprochene Wort -

INHALT

Landrat Schuster informiert:	- 35 -
1 Jahresabschluss 2008.....	- 35 -
2 Stellenbemessung und Stellenwertigkeit für den Bereich der Schulsekretariate im Lahn-Dill-Kreis	- 35 -
3 Auseinandersetzung zwischen der Stadt Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis wegen der außerschulischen Nutzung der im Rahmen des PPP-Projektes errichteten Sporthalle an der Freiherr-vom-Stein-Schule/Pestalozzischule	- 36 -
Erster Kreisbeigeordneter Hofmann informiert:	- 36 -
4 Sportfremde Nutzung von Turn- und Sporthallen des Lahn-Dill-Kreises.....	- 36 -
5 Schweinepest.....	- 37 -
Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht informiert:	- 37 -
6 Novellierung des Hessischen Schulgesetzes	- 37 -
7 Standsicherheit und Bauschäden an Schulen	- 38 -
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl informiert:	- 38 -
8 Scheitern der Verhandlungen über die Reform der Hartz-IV-Jobcenter.....	- 38 -
9 Pflegestützpunkte	- 39 -
10 SchülerInnen-Hilfsfonds	- 39 -

Landrat Schuster informiert:

Jahresabschluss 2008

Im Zuge der Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 hatte die Aufsichtsbehörde nicht nur den Kreistag veranlasst, einen Beitrittsbeschluss zur Anhebung der Kreisumlage zu fassen. Zugleich wurde dem Kreisausschuss auferlegt, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, um das jahresbezogene Defizit auf 2,7 Mio. Euro (ursprünglich geplanter Fehlbedarf 10,8 Mio. Euro) zu begrenzen.

Nach dem jetzigen Stand der Jahresabschlussarbeiten ist davon auszugehen, dass die von der Aufsichtsbehörde formulierte Zielmarke eingehalten wurde. Sie wurde sogar noch unterschritten. Wir rechnen gegenwärtig mit einem jahresbezogenen Defizit für das Haushaltsjahr 2008 in Höhe von 2,1 Mio. Euro.

Was die von der Aufsichtsbehörde artikulierte Erwartung anbelangt, die Zahl der tatsächlich besetzten Planstellen bei einem Gesamtvolumen des Stellenplanes von 860 Planstellen auf 814,13 Vollzeitäquivalente zu begrenzen, so ist festzuhalten, dass diese Erwartung nahezu erfüllt werden konnte. Zum Stichtag 31. Dezember 2008 waren 815,95 besetzte Planstellen zu registrieren.

An der Stelle ist deutlich zu machen, dass es aus Sicht des Verwaltungsvorstandes nicht als zielführend angesehen wird, wachsenden Anforderungen sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht mit dem Abbau von Planstellen zu begegnen.

Nach den in den zurückliegenden Jahren bereits vorgenommenen Konsolidierungsschritten führt ein weiterer Abbau der Personalstellen zwangsläufig zu einer Minderung in der Qualität der Dienstleistungserstellung und zu haftungsrechtlichen Risiken. Dies kann dem Grunde nach nicht der richtige Weg sein.

So wollen wir beispielsweise mit den Entscheidungen zum Stellenplan 2009 den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe so aufstellen, dass das in unserer Macht stehende getan werden kann, um Kindeswohlgefährdungen möglichst zu verhindern. So wollen wir aber auch bei der anstehenden Sanierung und der Errichtung neuer Schulbauten die Vorkehrungen dafür treffen, dass wir als öffentlicher Auftraggeber angemessen aufgestellt sind, um die Arbeiten so steuern und überwachen zu können, dass künftigen Generationen Bauschäden, in dem Umfange, wie wir sie derzeit zur Kenntnis nehmen müssen, erspart bleiben.

Stellenbemessung und Stellenwertigkeit für den Bereich der Schulsekretariate im Lahn-Dill-Kreis

Auf der Basis des Kreistagsbeschlusses vom 29. August 2008 wurde eine aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kernverwaltung sowie der Schulsekretariate der unterschiedlichen Schulformen bestehende Projektgruppe eingerichtet. Sie hat den Auftrag, die Anforderungen in den Schulsekretariaten zu ermitteln, eine Zuordnung der Aufgaben nach den Unterscheidungsmerkmalen „äußere“ und „innere“ Schulorganisation vorzunehmen und darauf bezogen eine Personalbemessung durchzuführen. Im Anschluss daran ist die Stellenwertigkeit zu überprüfen.

In dieses Projekt werden im Rahmen einer Begleitgruppe auch Schulleitungen einbezogen.

Diese Mitteilung ist als Zwischennachricht zu verstehen. Zu gegebener Zeit werden in Erledigung des Kreistagsauftrages der Vertretungskörperschaft die Ergebnisse vorgestellt werden.

Auseinandersetzung zwischen der Stadt Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis wegen der außerschulischen Nutzung der im Rahmen des PPP-Projektes errichteten Sporthalle an der Freiherr-vom-Stein-Schule/Pestalozzischule

Zwischen der Stadt Wetzlar auf der einen und dem Lahn-Dill-Kreis auf der anderen Seite gibt es bereits seit längerer Zeit eine kontrovers geführte Diskussion darüber, ob der Landkreis abweichend von dem festgelegten Nutzerprofil für die Halle diese den Sportvereinen zur außerschulischen Nutzung auch an Wochenenden überlassen muss. Dies wäre mit zusätzlichen Kosten für den Landkreis verbunden wäre. Er müsste die entsprechenden Leistungen bei dem Projektpartner einkaufen.

Die Stadt Wetzlar hat durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung festgelegt, ihre Rechtsposition auf dem Klagewege durchzusetzen.

Nichtsdestotrotz hat das Regierungspräsidium Gießen als gemeinsame Aufsichtsbehörde beider Gebietskörperschaften angeboten, zwischen den Parteien zu moderieren. Der Lahn-Dill-Kreis hat der Aufsichtsbehörde zwischenzeitlich nochmals sehr detailliert und unter Beifügung der einschlägigen Unterlagen seine Rechtsposition dargelegt. Zugleich wurde aber verdeutlicht, dass sich der Landkreis einem solchen Gespräch unter der Moderation des Herrn Regierungspräsidenten oder seines Vertreters im Amt nicht verschließen werde.

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann informiert:

Sportfremde Nutzung von Turn- und Sporthallen des Lahn-Dill-Kreises

Die Probleme im Zusammenhang mit der Genehmigung von sportfremden Veranstaltungen in Turn- und Sporthallen des Kreises sind in den letzten Monaten in verschiedenen Gremien des Kreises ausführlich beraten worden.

Bereits 1991 hat der Kreisausschuss in den derzeit gültigen Vergaberichtlinien für Sportstätten des Kreises festgelegt, dass eine nichtsportliche (sportfremde Nutzung) der Sportanlagen in der Regel nicht gestattet wird. Über Ausnahmen entscheidet der Kreisausschuss.

Mit Verfügung vom 30. Januar 2009 hat der Regierungspräsident Gießen darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Vermietung von Sporthallen auf zwingende baurechtliche Anforderungen nicht verzichtet werden kann. Gleichzeitig wurde sowohl auf das haftungs- wie auch strafrechtliche Risiko hingewiesen, wenn gegen zwingende baurechtliche Vorschriften verstoßen wird. Die Verantwortung liegt bei der öffentlichen Trägerschaft.

Vor diesem Hintergrund hat der Kreisausschuss nunmehr am 18. März 2009 beschlossen, dass „eingehende Anträge auf sportfremde Nutzungen (auch Schulveranstaltungen) in den Turn- und Sporthallen des Kreises bis zu einer Umwidmung in Mehrzweckhallen grundsätzlich nicht mehr genehmigungsfähig sind“. Sportfremde Veranstaltungen sind nur noch mit Auflagen in Hallen des Kreises möglich, die baurechtlich als „Mehrzweckhallen“ ausgewiesen sind.

Schweinepest

Durch den Ausbruch der Schweinepest beim Wildschwein im Februar/März 2009 im Rheinisch-Bergischen-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis und Westerwaldkreis ist diese Tierseuche auch dem Lahn-Dill-Kreis gefährlich nahe gerückt. Diese Seuche, verursacht durch Viren, ist hochansteckend für Wild- und Hausschweine, jedoch für den Menschen ungefährlich. Sie wird durch Wildschweine verschleppt und könnte so sehr schnell durch entsprechende Kontakte auch Hausschweinebestände befallen. Ansteckungen sind auch möglich über unachtsam entledigte Speiseabfälle, welche Verarbeitungsprodukte vom Schwein, wie Wurst etc. enthalten. Diese könnten versteckt auch Erreger beinhalten - für den Menschen völlig ungefährlich - und von Wildschweinen gefressen werden. Ein einziges, weggeworfenes Pausenbrot oder auf Parkplätzen entledigte Essensreste könnten ein solches Geschehen entfachen.

Wenn die Seuche ausbricht, ergeben sich umfangreiche und kostenaufwändige Bekämpfungsmaßnahmen, die mitunter Jahre andauern und die Tötung ganzer Bestände in der Region, flächige Sperrungen und erhebliche Tier-, Fleisch- und Handelsbeschränkungen nach sich ziehen.

Die heimischen Landwirte sind gewarnt, alles zu tun, um ihre Schweinebestände zu schützen! Die Jägerschaft ist in sämtlichen gefährdeten Regionen, so auch im LDK dazu aufgefordert, Schwarzwild zu bejagen, um die Bestände, die sich in den letzten Jahren heftig vermehrt haben, auszudünnen und so Übertragungswege zu kappen. Die Veterinärbehörden (RP und Kreis) organisieren derweil den "Ernstfall"; sie informieren Bevölkerung und betroffene Kreise, nehmen Untersuchungsproben entgegen, koordinieren die Maßnahmen und verbessern ihr Equipment. Der Ankauf eines Groß-Kühlcontainers zur Aufnahme von Untersuchungsgut (Wildsammelstelle) ist quasi schon unter Dach und Fach. Sollte es zum Seuchenausbruch kommen, ist eine personelle Verstärkung erforderlich.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht informiert:

Novellierung des Hessischen Schulgesetzes

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Hessische Landtag in den letzten Wochen einige Novellierungen des Hessischen Schulgesetzes beschlossen, die auch Auswirkungen auf die Schulträger haben. Zu nennen sind hier vor allen Dingen zwei Punkte:

- a) Die Möglichkeit für Kooperative Gesamtschulen, vom verkürzten gymnasialen Bildungsgang (G8) wieder zum 13-jährigen gymnasialen Bildungsgang (G9) zurück zu gehen. Diese Veränderung, die schon zum kommenden Schuljahr wirksam werden soll, kann bedeuten, dass es zu weiteren unkoordinierten Veränderungen von Schülerströmen kommt. Die Forderung des Hessischen Landkreistages und des Städtetages, eine Veränderung der Schulorganisation nur im Einvernehmen mit den Schulträgern durchzuführen, um eine geordnete Schulentwicklung zu sichern, hat der Hessische Landtag bedauerlicherweise nicht übernommen.
- b) Gravierender und langfristig positiv für die weitere Schulentwicklung ist die Abschaffung der sogenannten Richtwerte. Dies bedeutet, dass die bisher im Raum stehende Gefahr, dass das Hessische Kultusministerium zum 1. Januar 2010 den Schulträgern mitteilt und auferlegt, welche Schulangebote nicht weiter geführt werden können, nicht mehr besteht. Die Existenz kleinerer weiterführender Schulangebote ist damit bis auf weiteres gesichert.

Standsicherheit und Bauschäden an Schulen

Die mittlerweile vorliegenden Sanierungsgutachten für einige Schulen lassen erkennen, dass die für die Wilhelm-von-Oranien-Schule in Dillenburg bereits getroffene Entscheidung, den Neubau der Schule einer aufwändigen Sanierung vorzuziehen, auch an anderen Standorten sinnvoll ist. Für die Sanierung der Sporthalle an der Lahntalschule in Lahnau-Atzbach wurden Sanierungskosten von 4,7 Mio. € errechnet. Damit ist diese Sporthalle nicht mehr sanierungswürdig und es muss, genau wie im Falle Katzenfurt-Ehringshausen, mit der Kommune nun das entsprechende Konzept für die Wiederherstellung der Sporthalle abgestimmt werden. Auch bei der Grundschule Rechtenbach hat die Ermittlung der Sanierungskosten ergeben, dass der Neubau der gesamten Grundschule die bessere, weil wirtschaftlichere Lösung ist. Eine Sanierung der Schule wird voraussichtlich nicht weiter verfolgt.

Für die Trainingshalle des Kunstturnleistungszentrums in Niedergirmes sind in der Zwischenzeit die notwendigen Aufträge für eine Sanierungsplanung vergeben. Mit dem Hessischen Innenministerium und der Stadt Wetzlar sind erste Gespräche über eine finanzielle Beteiligung an den Sanierungskosten geführt worden.

Größtes Sorgenkind der Abteilung Bildung und Liegenschaften ist derzeit die Goetheschule in Wetzlar. Die hier festgestellten Bauschäden lassen ebenfalls befürchten, dass zumindest Teile der Schule, möglicherweise der gesamte Altbau, als „wirtschaftlicher Totalschaden“ zu betrachten sind. Bei aufwändigen Untersuchungen im Verlauf der Sommerferien soll ermittelt werden, wie umfangreich die Schäden sind. Danach wird gerechnet, um die Sanierungskosten zu ermitteln. Auch hier steht zu befürchten, dass die Sanierungsaufwendungen in keinem vernünftigen wirtschaftlichen Verhältnis zu Neubaukosten stehen werden.

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl informiert:

Scheitern der Verhandlungen über die Reform der Hartz-IV-Jobcenter

Am 17.03.2009 hat die Unionsfraktion den auf Länder- und Bundesebene ausgearbeiteten Reformvorschlag zur Neuorganisation der ARGEN abgelehnt.

Langwierige Verhandlungen und entstandene Kompromisse sind dadurch gescheitert und eine Einigung vor der Bundestagswahl im Herbst erscheint nicht mehr realistisch.

Die Zeitschiene für eine geordnete Umsetzung einer Reform wird somit erheblich verkürzt.

Dies bedeutet, dass im Jahr 2010 erhebliche Belastungen auf die Mitarbeiter der ARGEN zukommen werden, was besondere Bedeutung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Gesamtlage hat, da die jetzt begonnene Rezession zeitverzögert auf dem zweiten Arbeitsmarkt des SGB II ankommen wird.

Dabei ist es vollkommen egal, ob es zu einer getrennten Aufgabenwahrnehmung kommen wird oder im Rahmen einer Grundgesetzänderung zu einer neuen Form der gemeinsamen Trägerschaft mit eigener Dienstherrenfähigkeit, eigenen Sachmitteln und eigener Organisation.

Über mögliche Mehrkosten lässt sich ohne konkrete Vorgaben nur spekulieren.

Pflegestützpunkte

Der Lahn-Dill-Kreis hat nach wie vor ein hohes Interesse daran, das System der "Pflegestützpunkte" zur weiteren Verbesserung lokaler Versorgungs- und Beratungsstrukturen zu etablieren. Wichtig ist jedoch, dass die erfolgreiche Arbeit der "Beratungsstelle für ältere Menschen und Angehörige" in dieses Konstrukt eingebunden werden kann. Zurzeit laufen weitere Abstimmungsprozesse auf Landesebene, um beim Abschluss einer Landesrahmenvereinbarung und der Klärung offener Finanzierungsfragen eine Einigung zu erzielen. Diese werden die Grundlage für die konkrete Umsetzung auf Kreisebene schaffen.

SchülerInnen-Hilfsfonds

In den letzten Wochen und Monaten hat der Fachbereich 4 (Soziales, Arbeit und Integration) einige Vorhaben zur Information bezüglich des SchülerInnen-Hilfsfonds unternommen. Neben internen Infoveranstaltungen haben auch externe Veranstaltungen bei Schulen und anlässlich der Tagung „Armut von Kindern“ stattgefunden.

Die Inanspruchnahme des Hilfsfonds beginnt sowohl im Bereich des „Gesunden Frühstücks“ an Schulen zu laufen als auch bei Zuschüssen für Klassenfahrten und Schülerbeförderungskosten.

Die Fachbereichskoordination des Fachbereiches 4 ist bemüht die Anträge möglichst zeitnah zu bearbeiten.